:antifaschistische nachrichten **Nr. 11**

g 3336 5.6.2008 24. jahrg./issn 0945-3946 1,30 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

Polizeirazzia im Umfeld der rechtsextremen Kameradschaft „Sturm 34"

MITTWEIDA. Wegen rechtsextremistischer Gewaltstraftaten durchsuchte die Polizei am 21.5. mehrere Wohnungen in der Region Mittweida. Die Ermittlungen richteten sich nach Angaben des Innenministeriums auch gegen das Umfeld der verbotenen Kameradschaft „Sturm 34".

Seit sechs Wochen müssen sich fünf mutmaßliche „Sturm 34"-Mitglieder wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Körperverletzung, Landfriedensbruchs und Volksverhetzung vor dem Landgericht Dresden verantworten. Die Kameradschaft war im April 2007 von Sachsens Innenminister Albrecht Buttolo (CDU) verboten worden. Zur Begründung hieß es damals, dass die aus 40 bis 50 Personen bestehende Gruppe mit Gewalt gegen „Andersdenkende" und Ausländer vorgegangen sei und dabei das Ziel verfolgt habe, die Region Mittweida zur „national befreiten Zone" zu machen.

Auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten Kertin Köditz zur Frage der Verbindungen zwischen der Kameradschaft „Sturm 34" und der NPD liegt inzwischen die Antwort Innenminister Buttolos vor, die nichtssagender nicht sein kann. Ja, es sei der Staatsregierung bekannt, NPD-Mitglieder und Funktionäre Mitglied in der Kameradschaft waren. Die NPD behaupte aber im Internet, dasss der ehemalige Vorsitzende des Kreisverbandes Mittweida versucht habe, mäßigend auf den mutmaßlichen Anführer von „Sturm 34" eingewirkt. Aus Gründen der Geheimhaltung könne nicht mehr mitgeteilt werden.

Zu Recht fragt die Abgeordnete Köditz: „Hatte etwa auch das Landesamt für Verfassungsschutz Informanten im „Sturm 34"? Dann stellt sich endgültig die Frage, warum nicht viel eher gehandelt worden ist. Dann stellt sich aber auch die Frage nach der Art der Verwicklung des Geheimdienstes. Herr Buttolo wird in der nächsten Sitzung des Innenausschusses viele Fragen zu beantworten haben."

Quelle: ddp u. PM Kerstin Köditz ■

Aus dem Inhalt:



Proteste gegen NPD-Parteitag in Bamberg

Mehr als 3000 Menschen haben am 24. Mai gegen den NPD-Bundesparteitag in Bamberg protestiert, der an diesem Tag (und am 25.5.) in der Kongresshalle stattfand.

Es dürfe keine Toleranz für die „Feinde der Freiheit" geben, so Regionalbischöfin Susanne Breit-Keßler auf dem „Fest der Demokratie" vor dem Rathaus, zu dem über 1200 Menschen kamen. Eine weitere Gegenveranstaltung mit rund 1000 Teilnehmern fand in unmittelbarer Nähe der Kongresshalle statt. Hier unterstrich OB Andreas Starke (SPD), wie wichtig es sei, den Neonazis die Stirn zu zeigen und auf die Straße zu gehen. „Wir wollen die Braunen nicht in unserer Stadt haben", so Starke.

Als Eigentümerin der Halle hatte sich die Stadt monatelang juristisch gegen eine Nutzung durch die NPD gewehrt, war damit aber vor dem Bayrischen Verwaltungsgerichtshof gescheitert.



Während diese beiden Veranstaltungen friedlich verliefen, kam es am Rande einer Demonstration antifaschistischer Gruppen zu Zwischenfällen mit der Polizei, die bereits im Vorfeld eine harte Linie angekündigt hatte. Nach Aussagen von TeilnehmerInnen seien die Beamten provozierend und aggressiv gegen die knapp 1000 AntifaschistInnen aufgetreten. Nach Polizeiangaben wurden im Verlauf des Tages 20 Personen des linken Spektrums vorläufig festgenommen. Zudem habe es eine Reihe von Platzverweisen gegeben. *nah*

nachrichten & Standpunkte Nr. 5-2008, Schweinfurt ■

„Reichsstraße" abgemahnt

KALININGRAD. Das örtliche Komitee der ehemaligen sowjetischen Kriegsveteranen in Kaliningrad hat gegen die Eröffnung eines Hotels unter dem Namen „Reichsstraße" protestiert. Ein „solch provokanter Name in der Stadt, in der Tausende Soldaten wegen Nazi-Deutschland umgekommen sind, ist einfach eine Lästerung", heißt es in einer Erklärung des Komitees. Die Betreiber des an der Kaliningrader Bucht gelegenen Hotels streiten jeden Zusammenhang zwischen dem Namen „Reichsstraße" und Nazi-Deutschland ab. Die an dem Hotel vorbeiführende Straße sei schon vor den Nazis die längste Straße Deutschlands gewesen. Tatsächlich wurde der Begriff „Reichsstraße" erst 1934, also von den Nazis, eingeführt.

Das Veteranen-Komitee will diese Provokation nicht hinnehmen. Es sei schon eine „gute" Tradition in der Stadt geworden, die Veteranen pünktlich zum Tag des Sieges zu beleidigen.

Vor ein paar Jahren habe eine Zeitung den Veteranen mit einem Foto eines deutschen Tiger-Panzers „gratuliert", erinnert man sich im Komitee. Es folgte die Herausgabe eines Stadtplans mit der „Horst-Wessel-Straße", und im vergangenen Jahr erhielten die Veteranen Postkarten mit der Werbung eines Beerdigungsinstituts. Mittlerweile wurde der Betreiber des Hotels von der für Verkauf und Werbung zuständigen Abteilung der Gebietsverwaltung wegen des Namens abgemahnt. *hma* ■

„Abtreibungsmoratorium" gefordert

MÜNSTER. „Abtreibungsmoratorium – Jetzt !" fordert Jens Falk aus Münster in Anzeigen u.a. in der rechten Berliner Wochenzeitung „Junge Freiheit" und zitiert den Berlusconi-nahen Chefredakteur der italienischen Tageszeitung „Il Foglio", Giuliano Ferrara, der im Dezember 2007 ein Moratorium gegen das „Blutbad an Unschuldigen" gefordert hatte.

Der offene Brief an Bundeskanzlerin Merkel, in dem quasi die Verankerung des Abtreibungsverbots in Grundgesetz und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gefordert wird, findet auch beim Generalsekretär der „Deutschen Evangelischen Allianz", Hartmut Steeb, Unterstützung.

Nebenher ist Falk, der freiberuflich für Buch-, Zeitungs- und Zeitschriftenverlage arbeitet, Herausgeber des katholischen Internetmagazins „Katholisches – Magazin für Kirche und Gesellschaft" und betreibt eine Webseite zum Thema „Lebensrecht". In dem kürzlich von Falk gegründeten Buchversand findet man Bücher von Matthias Gaudron von der Lefebvre-„Priesterbruderschaft St. Pius X.", dem „Opus Dei"-Mann Jürgen Liminski, Eva Herman, dem früheren „Criticon"-Herausgeber Caspar von Schrenck-Notzing und von Manfred Müller aus Neuss, einem ehemaligen NPD-Funktionär.

Von 1995 bis 1997 gehörte der 1967 in Weimar geborene Jens Falk der Redaktion der „Jungen Freiheit" an. Dort wirkte er an der Umstellung der Zeitung von einer Monats- zur Wochenzeitung mit. Falk war auch Mitautor des Buches „Wir 89er", das der damalige „Junge Freiheit"-Redakteur Roland Bubik 1995 beim „Ullstein-Verlag" herausgab. *hma* ■

Rechte Grüße

BERLIN. Unter den Gratulanten zum kürzlich in Berlin veranstalteten „Deutschlandtreffen" der „Landsmannschaft Ostpreußen" findet man im „Ostpreußenblatt/Preußische Allgemeine Zeitung" auch Vertreter der extremen Rechten.

„Ostpreußen – unvergessene Heimat!" steht in einer Grußanzeige des „Republikaner"-Landesverbandes Niedersachsen. „Wir Republikaner stehen zu unsern Ostpreußen", heißt es in der vom stellvertretenden Bundesvorsitzenden und zugleich Landesvorsitzenden der „Republikaner", Dirk Hacaj aus Salzgitter, unterzeichneten Anzeige.

Die extrem rechte „Bürgerbewegung Pro Hannover" grüßt mit dem Satz „Ostpreußen: Heimat – in Treue fest". Der „Pro Hannover"-Aktivist Christian Perbrandt war einst Vertriebenenbeauftragter der „Republikaner". *hma* ■

„Kategorie C"-Konzert in Moers

MOERS. Bis zu 800 Hooligans aus dem gesamten Bundesgebiet besuchten am 23. Mai ein Konzert der Band „Kategorie C" („Kategorie C" ist die Bezeichnung der Polizei für gewaltbereite Hooligans) im Moerser Club „Coyote". Gegen das Konzert protestierten AntifaschistInnen aus Moers und umliegenden Städten mit einer Kundgebung und einer Demonstration. Dabei kam es immer wieder zu Übergriffen von rechten Hooligans auf TeilnehmerInnen der antifaschistischen Kundgebung, an der bis zu 150 Menschen teilnahmen. Nachdem die geplante Demonstration nach Aussagen Moerser AntifaschistInnen wegen der Schikanen der Polizei nicht durchgeführt werden konnte, wurde ein Teil der abziehenden AntifaschistInnen von der Polizei mehrere Stunden lang eingekesselt. Mindestens sechs Menschen wurden dabei in Gewahrsam genommen. Eine junge Frau wurde von einer von außerhalb des Kessels geworfenen vollen Bierdose am Kopf getroffen und musste in ein Krankenhaus eingeliefert werden. Festgenommen wurden auch mehrere Dutzend Hooligans, u.a. wegen Zeigen des Hitler-Grußes. *peb* ■

Nazi–Demo am 14. Juni stoppen!

MARKTHEIDENFELD. Laut der Internetpräsenz des Kameradschaftsbundes Hochfranken ist für den 14.6.2008 eine Nazidemonstration in Marktheidenfeld geplant. Inzwischen hat die Stadt Marktheidenfeld die Anmeldung des Kameradschaftsbundes Hochfranken bestätigt. Die antifaschistischen Kräfte vor Ort mobilisieren bereits, um am 14. Juni einen kreativen und effektiven Widerstand leisten zu können.

Es rufen folgende antifaschistische Gruppen aus Unterfranken auf: Würzburger Antifa Sin Patria [W]asp, Antifaschistische Linke Main-Spessart [ALM], Antifa Main-Tauber, Autonome Antifa Aschaffenburg/Miltenberg, Antifa Gruppe Schweinfurt.

Am 14.6.2008 wird im Hof des alten Rathauses in Marktheidenfeld ein Infostand aufgebaut. Dieser dient von 10 bis 18 Uhr als Anlaufstelle. Es wird auch Stadtpläne und eine EA-Nummer geben.

Unter www.wegmitnazis.de.vu gibt es weitere Informationen ■

Nur 2 Mandate für NPD

SCHLESWIG-HOLSTEIN. Bei den Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein am 25. Mai konnte die NPD mit 4717 Stimmen nur 0,4 % erreichen. Allerdings ist sie durch Überhangmandate mit einem Abgeordneten, Hermann Gutsche, in den Stadtrat von Kiel eingezogen. Kay Oelke wurde Kreisrat in Lauenburg. „Ein überzeugender Wahlsieg sieht anders aus" – räumt selbst NPD-Landessprecher Jörn Lemke in seiner Stellungnahme ein. Man werde in der nächsten Zeit „den Strukturausbau vorantreiben" und sich „vermehrt in die kommunalen Belange" einmischen. *u.b.* ■

Stolpersteine für ermordete Juden geschändet

SCHWEINFURT. Offenbar in der Nacht zum 8. Mai 2008 wurden in der Unteren Markstraße in Hildburghausen vier Stolpersteine beschmiert. Unter großer öffentlicher Anteilnahme hatte der Kölner Künstler Gunter Demnig erst am 5. Mai 2008 die ersten 14 Stolpersteine verlegt. Damit wurden die Opfer des Nationalsozialismus in der Stadt geehrt.

weiter auf Seite 4

Bundesparteitag der NPD in Bamberg – „ein Parteitag ohne Überraschungen“[1]?

Ein Parteitag ohne Überraschungen? Die Antwort auf diese Frage lautet: ja und nein.[2]

Keine Überraschung ist es, dass der Parteivorsitzende Udo Voigt nach wochenlangen personellen Debatten über seine potentiellen Nachfolger (Udo Pastörs[3], Andreas Molau[4], Holger Apfel[5] und andere Namen sind dabei genannt worden) in Bamberg zum Parteivorsitzenden wiedergewählt wurde- und dies mit dem herausragenden Ergebnis von 90,02 % Stimmen der Delegierten.



In Bamberg war, nach den Wahlniederlagen im Westen (Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen, Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft, Kommunalwahlen in Bayern), Schadensbegrenzung angesagt. Nachdem der für Oktober 2007 ursprünglich für Oldenburg geplante „Programm-Parteitag“ verschoben worden war, wurde auch in Bamberg wenig über Konzeptionelles gesprochen. Vielmehr sollte nach 12 Jahren Führung der NPD durch Udo Voigt suggeriert werden, dass die Finanzkrise der Partei und interne Querelen (innerhalb der Partei und im Verhältnis zur „Schwesterpartei“ DVU sowie den so genannten Freien Kräften) wenig an der Führungskraft der NPD in der rechtsextremistischen Szene in Deutschland geändert haben.

Ehrengast des Parteitages war der mehrfach vorbestrafte Holocaust-Leugner Horst Mahler, der neuen Verurteilungen entgegensehen muss. Der DVU-Vorsitzende Gerhard Frey schickte ein Grußwort. Journalisten des ARD sowie der zur „Todfeindin“ erklärten Journalistin Andrea Röpke wurde die Berichterstattung aus Bamberg verwehrt. Das Stattfinden des Parteitages in der Bamberger Hegel-Halle war von der NPD auf juristischem Wege erstritten worden. Der Protest des Oberbürgermeisters von Bamberg Andreas Starke (SPD) sowie ein „Fest der Demokratie“ beeindruckte die Parteitagsdelegierten wenig.

Keine Überraschung ist es auch, dass in den öffentlichen Verlautbarungen des Parteitages der NPD betont wurde, dass es gegenüber den so genannten Freien Kräften (Kameradschaften) keinerlei Konflikte, sondern mit ihnen inhaltlich wie im Vorgehen weitgehende Übereinstimmung gebe. Dies überrascht angesichts der gewalttätigen Auseinandersetzungen am 1. Mai diesen Jahres vor allem in Hamburg und auch bei den zahlreichen Veranstaltungen am 8. Mai 2008, bei denen Vertreter der so genannten Freien Kräften (Kameradschaften) im Gegensatz zu NPD-Politikern wesentlich militanter auftraten. Udo Voigt hatte sich mehrfach von der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene distanziert.

Und das ist vielleicht wirklich eine Überraschung: Die Wahl des Hamburger NPD-Chefs und Rechtsanwalts Jürgen Rieger zu einem der drei Stellvertreter Udo Voigts und die Verdrängung von Peter Marx aus diesem Amt signalisiert einen gewachsenen Einfluss militanter Kräfte in der NPD, in ihrer Führung und als Ausdruck der Stimmung „an der Basis“. Andreas Molau hält die Wahl von Jürgen Rieger zum stellvertretenden Parteivorsitzenden für eine „politische Katastrophe“[6]. Medienberichte gehen von einer Radikalisierung der NPD aus.

Die Wahlergebnisse zu den Führungsgremien der NPD im einzelnen, es waren jeweils 223 gültige Delegierten-Stimmen möglich:

Parteivorsitz	
Udo Voigt	90,02 %
Stellvertreter	
Sascha Rossmüller	82,7 %
Holger Apfel	75,5 %
Jürgen Rieger	74,9 %
Peter Marx (nicht gewählt)	67,0 %
Beisitzer	
Dr. Olaf Rose	88,2 %
Jörg Hähnel	78,9 %
Klaus Beier	77,2 %
Frank Schwerdt	76,1 %
Jens Pühse	72,4 %
Stella Hähnel	71,9 %
Udo Pastörs	71,5 %
Jürgen Gansel	71,1 %
Manfred Börm	69,7 %
Peter Marx	68,0 %
Andreas Molau	66,5 %
Stefan Köster	66,2 %
Eckart Bräuniger	64,9 %
Ulrich Eigenfeld	61,8 %
Thorsten Heise	53,1 %

In seinem Schlusswort[7] zum Parteitag betonte der wiedergewählte Parteivorsitzende Udo Voigt das Festhalten am Grundkurs der Partei. Er rief zu einer „weiteren Schärfung des sozialen Profils der NPD“ auf, bezeichnete DIE LINKE. als Hauptgegner und behauptete, dass man soziale Verantwortung nur in einer „Volksgemeinschaft“ wahrnehmen könne, „nationaler Sozialismus“ sei machbar. Damit knüpfte er an die Losung der Kampagne der NPD an, die seit März 2008 unter dem Motto „Sozial geht nur national“ geführt wird.

Horst Helas
BAG Rechtsextremismus/Antifaschismus Die LINKE. ■

Anmerkungen:

1 So die Überschrift eines Beitrages vor dem NPD-Parteitag. Siehe: in SPIEGEL ONLINE vom 23.5.2008.
2 Diese Information basiert auf der Auswertung des Informationsdienstes IDAFAR, auf eigenem Studium von Medienberichten sowie auf Informationen von Kollegen der RLS und anderen Partnern.
3 Udo Pastörs ist Vorsitzender der Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern.
4 Der ehemalige Lehrer war Spitzenkandidat der NPD zu den Landtagswahlen in Niedersachsen. Nach dem Wahldebakel am 27.1.2008 wurde er mit einer Anstellung als Mitarbeiter der Landtagsfraktion der NPD in Mecklenburg-Vorpommern „belohnt“
5 Holger Apfel gilt als bislang stets loyaler „Ziehsohn“ von Udo Voigt; er ist Vorsitzender der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag.
6 Siehe: www.npd.de, 25.5.2008.
7 Siehe: www.redok.de, 25.5.2008.

Fortsetzung von Seite 2

Die schlichten Steine wurden mit den Geburts- und Sterbedaten der Ermordeten versehen und vor ihrem letzten frei gewählten Wohnsitz in die Erde verlegt. Die Messingschilder der Steine beschmutzten die Unbekannten mit Parolen wie „6 Millionen-Lüge“ und malten Hakenkreuze darauf.

Mit der Aktion Stolpersteine sollen die Opfer der Nazis aus der Anonymität geholt werden und ihr Schicksal in den ehemaligen Heimatstädten konkret erfahrbar werden. Inzwischen sind 13000 Stolpersteine in Deutschland, Österreich, Ungarn, Tschechien, Frankreich und den Niederlanden verlegt. Der Künstler Gunter Demnig arbeitete bei der Verlegung der Stolpersteine in Hildburghausen mit der Stadtverwaltung und dem lokalen Bündnis gegen Rechtsextremismus zusammen. Das Bündnis gegen Rechtsextremismus plant eine weitere Verlegung von Stolpersteinen in der Stadt. *nah* ■

Gedenken an Robert Limpert in Ansbach

ANSBACH. Am Dienstag, den 18. April, erinnerte im mittelfränkischen Ansbach eine Gruppe von Antifaschisten an die Ermordung von Robert Limpert, der während des Naziregimes aktiven Widerstand leistete.

Gegen 17.30 Uhr versammelten sich auf dem Ansbacher Martin-Luther-Platz mehrere Antifaschisten, um vor dem Ort, an dem vor 61 Jahren Robert Limpert ermordet wurde, an das Schicksal des jungen Mannes zu erinnern, der sich aktiv gegen die Nazidiktatur wandte.

In dem verteilten Flugblatt, das mit „Gruppe 23. Februar“ unterzeichnet ist, thematisieren die Aktivisten neben den historischen Ereignissen vor allem das spärliche Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus durch die Stadt Ansbach. Auch die fehlende Differenzierung von Opfern und Tätern im nachträglichen Gedenken wird darin kritisiert.

Am 18. April 1945 versuchte der 19-jährige Student Robert Limpert, in Ansbach die vermeintliche Telefonverbindung des Gefechtsstands mit den Truppen vor der Stadt mit einer Kneifzange zu durchtrennen, um so die Übernahme der Stadt durch die US-Truppen zu beschleunigen und zu vereinfachen. Dabei wurde er vom Kampfkommandanten Ernst Meyer bemerkt und nur wenige Stunden später öffentlich am Rathaus erhängt.

Bereits im Jahr 1943 war der damalige Gymnasiast zusammen mit seinem Mitstreiter Karl Hammer wegen ihrer antifaschistischen Äußerungen vom humanistischen Gymnasium verwiesen worden. Später klebte er Plakate und verteilte Flugblätter, in denen er die Bevölkerung dazu aufforderte, keinen Widerstand gegen die nahenden Truppen der Alliierten zu leisten und zum „aktiven Widerstand gegen die Nazihenker“ aufrief. Im Gedenken der Stadt Ansbach bedurfte es nach der Ablehnung einer Gedenktafel durch eine konservative Stadtratsmehrheit schließlich der Initiative eines Schülerprojektes, um eine Gedenktafel am Rathaus zu verwirklichen.

Seit dem Jahr 2002 wird zusätzlich jedes Jahr durch die „Bürgerbewegung für Menschenrechte“ der Robert-Limpert-Preis vergeben, mit dem couragiertes Handeln von Jugendlichen geehrt wird.

Antifa W-Mittelfranken/Indy ■

Tausende Gäste feierten den 6. Markt der Kulturen!

PIRNA. Am 24. Mai wurde es bunt auf dem Pirnaer Marktplatz. 60 vielfältige Stände und zahlreiche Künstler und über 9.500 Gästen machten den Tag zu einem unvergesslichen Erlebnis für jung und alt. Menschen verschiedener Kulturen feierten ausgelassen zu orientalischen, russischen und indischen Tänzen. Auch waren die Taekwon-Do-Show der Pirnaer Schule, eine afrikanische Modenschau, jiddische Lieder der Sängerin Valerija Shishkova, eine Frisör-Show aus Decin, die Trommlergruppe der Kurt-Krenz-Schule und viele weitere Beiträge auf zwei Bühnen zu sehen. Die abwechslungsreichen Darbietungen und Standangebote lockten dieses Jahr noch mehr Menschen auf den Pirnaer Markt, als in den Jahren zuvor. Ingesamt kamen bereits am Tag rund 7.000 Gäste.



Auch das Abendkonzert mit „The Skatalites“ und „Yellow Umbrella“ begeisterte. Die Ska-Götter zogen über 3.000 Menschen an die große Bühne und sorgten für ausgelassene Stimmung.

Organisiert wurde die Veranstaltung von der Arbeitsgruppe „Markt der Kulturen“. In dieser wirken u. a. mit: Bürgerinitiative Afroeuropäische Familien und Ihre Freunde, AWO Sonnenstein, CJD Heidenau/Jugendmigrationsdienst, Hotelfachschule Pirna, Junge Szene, Stadt Pirna, Aktion Zivilcourage sowie mehrere Schulen unterm Dach der Pirnaer Initiative gegen Extremismus und für Zivilcourage.

Der Markt der Kulturen ist mittlerweile ein fester Bestandteil im Herzen der Stadt und setzt jedes Jahr ein deutliches Zeichen, dass Weltoffenheit und Demokratie in Pirna gemeinsam gelebt werden.

Die Planungen für den nächsten „Markt der Kulturen“ haben bereits begonnen. Wer Ideen und Vorschläge hat, in der Vorbereitung für das Fest 2009 mitmachen möchte oder tolle Beiträge einbringen will, kann sich ab sofort melden, bei: Aktion Zivilcourage e.V.

www.aktion-zivilcourage.de ■



Jedes Jahr veranstaltet der CVJM-Landesverband Hannover internationale Workcamps für Jugendliche auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Im Laufe der Jahre hat sich durch den Einsatz Jugendlicher viel bewegt – auf dem Gelände und in Menschen.

Das Camp

Wir werden in Bergen-Belsen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers arbeiten. Hier befinden sich zahlreiche bauliche Reste, die in den vergangenen Jahren von Jugendlichen erforscht und vorsichtig freigelegt wurden. Diese Objekte gilt es zu erhalten und zu pflegen. Weitere Arbeiten im Außengelände sind in Planung. Außerdem geht es um die Weitergestaltung des Erinnerungsweges, dem 6 km langen Weg, den alle Häftlinge von der Verladerampe zum ehemaligem Lagereingang gehen mussten. Neben den Arbeiten im Gelände wird im Archiv der Gedenkstätte gearbeitet, mit Zeitzeugen gesprochen und über das Thema und dessen Bedeutung für heute diskutiert.

Unterbingung im „Anne-Frank-Haus“ in 29313 Oldau-Hambühren. An- und Abreise müssen Teilnehmende selbst organisieren. Die Unterbringung erfolgt in Mehrbettzimmern oder im Zelt. Mindestalter 16 Jahre. Die Gesamtgruppe wird aus max. 25 Personen bestehen. Es kommen auch Jugendliche aus den Niederlanden und Belarus. Das Camp kostet 205,- Euro. Mit einer Anzahlung von 50,- Euro, zahlbar nach Erhalt der Anmeldebestätigung, wird die Anmeldung gültig. Anmeldungen bis spätestens 15. Juni beim CVJM, c/o Jan-Hinnerk Scholljegerdes, Ebkehofstraße 6, 26655 Westerstede, mail: cvjm-in-nds@ewetel.net an.

Infos über: www.jugendarbeit-in-bergen-belsen.de ■

Der 3. Bundeskongress der VVN-BdA tagte in Berlin

Die Bewegung NoNPD geht weiter – Zugleich geht es gegen den militarisierten Überwachungsstaat – Für die Stärkung der VVN-BdA. Unter dem Motto „Gemeinsam gegen Grundrechteabbau, Faschismus und Krieg" tagte am 23. und 24. Mai am Sitz des Verdi-Vorstandes in Berlin der 3. Bundeskongress der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten. 160 Delegierte aus allen Bundesländern und aus Lagergemeinschaften vertraten rund 7.500 Mitglieder der größten traditionsreichen Verfolgten- und Antifa-Organisation.

Anknüpfend an die Erfahrungen der erfolgreich geführten Kampagne „NoNPD – NPD-Verbot jetzt!" will die Organisation weiter für das Verbot und die Auflösung der NPD wirken, weil sie der Kristallisationspunkt des Neofaschismus und der Rechtsentwicklung sei, wie in einem fast einstimmig angenommenen Leitantrag festgestellt wurde. Der Bundesausschuss – höchstes Organ der Organisation zwischen den Kongressen – wurde beauftragt, die Fortsetzung der mit 175.000 Unterschriften erfolgreichen „NoNPD-Kampagne" mit der ergänzenden Losung „Kein Fußbreit den Faschisten" vorzubereiten.

Prof. Heinrich Fink bewertete die Ereignisse um den G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm als eine Zäsur in der Geschichte des Landes. Mit Großaufgeboten von Polizei und Militär und mittels Kriminalisierung des demokratischen Protestes habe der Staatsapparat einen bisher nicht gekannten Angriff auf die Bürgerrechte gestartet. Eine militarisierte Außenpolitik wurde mit Geschichtsrevision legitimiert, indem die Verhinderung eines neuen Auschwitz bereits 1999 als Kriegsgrund ausgegeben wurde. Demgegenüber wurde in einem Beschluss die „Wiederherstellung des antifaschistischen und antimilitaristischen Konsenses" des Grundgesetzes und des Völkerrechts verlangt. „Die Verpflichtung ‚Nie wieder Krieg – nie wieder Faschismus' mit ihren beiden Seiten ist wiederherzustellen."

Die innerstaatliche Militarisierung Deutschlands und den Weg zum Überwachungsstaat zu stoppen und umzukehren, war ein weiterer Schwerpunkt der Referate, wie auch der Diskussionen und Beschlüsse der Konferenz. Die Wehrpflicht sei abzuschaffen, da mit ihr und mit neuen Reservistenregelungen ständig bis zu einer Million Soldaten zum Einsatz im Innern wie Äußeren des Landes zur Verfügung stünden. Damit und mit neuen Regelungen zum Versammlungsrecht werde das Demonstrationsrecht, das Streikrecht und die freie Meinungsäußerung eingeschränkt. „Mit der geschürten Anti-Terror-Hysterie werden an breiter Front in einem nie da gewesenen Maße demokratische Grundrechte ausgehöhlt." Aktuell verlangte der Kongress, den Bundeswehreinsatz in Afghanistan zu beenden und Deutschland atomwaffenfrei zu machen.



Musik und Infos vor der Konferenz im Foyer — Foto: Peter Bach

Die Entschädigung und soziale Betreuung aller Opfer des Faschismus wurde demonstrativ wieder in den Vordergrund der Tätigkeit der VVN-BdA gerückt. Eine Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialpolitik und Entschädigung soll innerhalb der Bundesorganisation geschaffen werden. Die nicht zuende geführte Entschädigung der Zwangarbeiterinnen und Zwangsarbeiter wie auch die Notwendigkeit der Betreuung hochbetagter NS-Opfer und auch der indirekten Opfer aus der zweiten Generation machten verstärkte Anstrengungen notwendig. Mit Empörung wurde die vom gesamten Bundestag – mit Ausnahme der Partei DIE LINKE. – beschlossene Ablehnung aufgenommen, den kommunistischen Widerstandskämpfern, die sowohl unter Hitler wie Adenauer politisch verfolgt wurden, die Entschädigung als NS-Opfer endlich zu gewähren.

In die Erinnerungs- und Gedenkstättenarbeit wollen sich die Antifaschisten der VVN-BdA weiterhin einbringen, auch wenn sich die Reihen der Zeitzeugen lichten. Neue Formen der Geschichtsarbeit wurden erörtert. Die VVN-BdA will sich dabei der Leugnung der „Singularität der Naziverbrechen" entgegenstellen. „Wer Täter zu Opfern macht, wer Faschismus und Sozialismus als Extremismus gleichsetzt, verharmlost die Hitler-Tyrannei und begünstigt den Neofaschismus," wurde erklärt.

Neben Prof. Heinrich Fink aus Berlin, der wiedergewählt wurde, ist Cornelia Kerth aus Hamburg neue Bundesvorsitzende der Organisation. Unter langem starken Beifall wurden Esther Bejarano (Hamburg) und Hans Lauter (Leipzig) zu Ehrenvorsitzenden der Organisation bestimmt. Ein elfköpfiger Bundessprecherinnen und Bundessprecherkreis wird als Bundesvorstand tätig. Cornelia Kerth beendete den Kongress mit dem Aufruf, neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter für die VVN-BdA zu gewinnen und zugleich in breiten Bündnissen weiterhin erfolgreich zu wirken.

Ulrich Sander, Bundessprecher der VVN-BdA ■

„Pro Köln“ zeigt sein wahres Gesicht

KÖLN. Am 15. Mai demonstrierten rund 80 AntifaschistInnen gegen eine „Info-Veranstaltung“ der sogenannten Bürgerbewegung „Pro Köln“ zum Bau der Moschee in Köln-Ehrenfeld. Mobilisiert dagegen hatten mit nur drei Tagen Vorlaufzeit vor allem die linksjugend[`solid] und die Initiative „Schüler gegen Rechts“.

Pro Köln versucht, sich als „rechtspopulistisch und demokratisch“ darzustellen. Doch am Rande der Veranstaltung gewährten einige Rechte einen Blick darauf, wie sie sich verhalten, wenn sie sich unbeobachtet fühlen. Drei junge Leute, die vor der Veranstaltung einen Blick in den Saal werfen wollten, wurden aufgehalten. Eine türkische Studentin, die nicht fotografiert werden wollte, wurde nach eigenen Angaben geschlagen, getreten und zu Boden gerissen. Auch die beiden anderen wurden nach ihren Aussagen körperlich attackiert. Das Problem für „Pro Köln“: bei den beiden handelte es sich um Zivilpolizisten, die prompt Anzeige wegen Körperverletzung erstatteten.

An dem Angriff war laut Augenzeugen auch der von der CDU übergelaufene Ehrenfelder Bezirksvertreter Jörg Uckermann beteiligt. Insgesamt hat Pro Köln in den letzten Monaten den Ton verschärft und die Zusammenarbeit mit harten Nazis intensiviert.

Noch gibt es keine offene Kooperation mit deutschen Stiefel-Nazis, doch beim „Tag der rechten Jugend“ im belgischen Antwerpen plauderten die „Pro Kölner mit Leuten der „Democracia Nacional“ aus Spanien, der HVIM aus Ungarn und der „US National Alliance“, Schlägertruppen mit Verbindungen zum in Deutschland verbotenen Nazi-Netzwerk „Blood & Honour“ („Blut und Ehre“). Diese illustre Gesellschaft hat Pro Köln nach eigenen Angaben auch zum „Anti-Islam-Kongress“ im September eingeladen. Außerdem auch Nick Griffin, den Vorsitzenden der British National Party.

Die Veranstaltung selbst war ein Flop. Zu der „Bürgeranhörung“ erschienen kaum Ehrenfelder Bürger, die meisten der rund 50 Anwesenden waren hart gesottene Anhänger der rechten Truppe, die sich schon eine Stunde vor Beginn im Saal befanden. Den antifaschistischen Gegendemonstranten gelang es, den Beginn der Veranstaltung durch laute Sprechchöre zu stören. Die Polizei verhinderte allerdings, dass die Demonstranten in den Sitzungssaal gelangen konnten.

Pro Köln reagierte auf dieses Fiasko mit lächerlichen Lügengeschichten. Aus 50 Pro Köln-Anhängern wurden laut ihrer Website 100 Ehrenfelder Bürger. Aus dem verbalen Protest der jungen Antifaschisten wurde ein „gewalttätiger linksextremer Mob“, der sich angeblich Auseinandersetzungen mit der Polizei geliefert haben soll. Die Polizei hat davon allerdings nichts bemerkt.

Zur „Dokumentation der linksextremen Gewalt“ hat Pro Köln ein bizarres eineinhalbstündiges Video ins Netz gestellt, dass lediglich beweist, dass sie nicht mit einer Videokamera umgehen können. Das ausführliche Abfilmen der Antifaschisten soll wohl vor allem anderen Nazis signalisieren: „Auch wir können Anti-Antifa!“.

Der Protest war ein guter Auftakt für die Mobilisierung gegen den rassistischen „Anti-Islam-Kongress“ im September.

Wer gedacht hatte, dass es sich bei den zum Teil tätlichen Übergriffen am 15.5. um einen Ausrutscher gehandelt habe, wurde am 19.5. eines Schlechteren belehrt.

Zu Beginn der Sitzung der Bezriksvertretung Ehrenfeld hatte die SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde beantragt, um gegen die Vorkommnisse während der „Pro-Köln“-Veranstaltung zu protestieren. Uckermann und seine Anhänger im Saal reagierten mit Pöbeleien und Diffamierungen gegen den Bezirksbürgermeister. Zwei Frauen wurden daraufhin des Saales verwiesen.

Alle Fraktionen und auch die Vertreterin der FDP verwahrten sich dagegen, dass Uckermann versuche, die Bezirksvertretung als Gremium und ihre Mitglieder durch persönliche Angriffe herabzusetzen und durch Mätzchen wie das Einbringen von 25 Anträgen (von rund 40) letztlich handlungsunfähig zu machen. Ratsmitglied Detjen von der Linken verwies auf Parallelen mit den späten zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, als die Nazis nach dem gleichen Muster den Reichstag als „Schwatzbude“ diskreditierten. Die Bezirksvertreter verabschiedeten eine gemeinsame Resolution, in der u. a. gefordert wird, der „Pro-Köln“-Fraktion einen Raum außerhalb des Rathauses zuzuweisen, weil vor allem die Bezirksvertreterinnen neue Übergriffe befürchten, wenn sie, wie bei Ehrenamtlerinnen üblich, abends oder am Wochenende im Rathaus arbeiten.



Während der Stellungnahmen der Bezirksvertreterinnen und Bezirksvertreter störte Uckermann massiv durch Zwischenrufe und Diffamierungen, bis Bezirksbürgermeister Wirges ihn nach dem dritten Ordnungsruf zum Verlassen des Saales aufforderte.

Auf Uckermanns Weigerung hin wurde die Sitzung unterbrochen und der Störer schließlich von der Polizei aus dem Saal geführt. Danach erst und nachdem das zweite Fraktionsmitglied als „reitender Bote“ von Uckermann und Co. ihre gesamten Anträge von der Tagesordnung streichen ließ, und selber ebenfalls die Sitzung verließ, konnte die Sitzung fortgesetzt werden.

zusammengestellt aus Platzjabbeck, Zeitung der Fraktion DIE LINKE. Köln 4-2008 ■

Seit einigen Monaten bereitet die rechtsextremistische Gruppe „Pro Köln“ einen so genannten „Anti-Islamisierungs-Kongress“ vor und sucht dazu einen geeigneten Veranstaltungsort in Köln. Das freche Ansinnen von „Pro Köln“, den Rat dazu zu bewegen, diese Hetzveranstaltung zu unterstützen, hat der Rat mit allen Stimmen außer denen der Antragsteller entschieden abgelehnt.

Die Kölner Ratsfraktion der LINKEN machte in einer Anfrage an die Verwaltung auf die geladenen internationalen Nazigrößen und Holocaust-Leugner aufmerksam und fragte die Verwaltung nach gerichtlichen Verurteilungen der geladenen Gäste. Außerdem wies sie auf einen möglichen Konflikt zur Kölner Mitgliedschaft im Städtebündnis gegen Rassismus hin.

Schließlich wollte die Fraktion wissen, inwieweit Einreiseverbote geplant und möglich sind. So erhielt vor Jahren der britische Rechtsextremist David Irving ein Einreiseverbot. Auch der russische Neonazi Wladimir Schirinowski konnte 2004 nicht in der Köln-Arena auftreten.

Sobald die Antwort der Verwaltung vorliegt, ist sie im Internet abrufbar unter: www.linksfraktion-koeln.de *Jörg Detjen*

Erfolgreicher und vielfältiger antifaschistischer Protest: Über 450 auf Kundgebung +++ Extreme Rechte blamiert sich +++ völlig übertriebener Polizeieinsatz

DÜSSELDORF. Das Bündnis „Kein Platz für Nazis“ zieht eine positive Bilanz der Gegenaktivitäten gegen die Kundgebung der extremen Rechte zu Ehren des Freikorpskämpfers und Rechtsterroristen Albert Leo Schlageter vor dem 39er Denkmal am Reeser Platz. „Wir waren laut — unser Protest war für alle sichtbar und nicht zu überhören, auch wenn die Polizei das nicht so wollte“, so die Sprecherin des Bündnisses, Sara Lauter.

Mehrfach ist es Menschen zudem gelungen, die Kundgebung der extremen Rechten empfindlich zu stören. Einige hatten sich gewaltfrei Zugang zu der Kundgebung verschafft und dort ihren Protest ausgedrückt. Über 450 Menschen nahmen zeitgleich auf der nahegelegen enWiese an der Gegenkundgebung des Bündnisses teil und drückten lautstark ihren Protest aus.

Nicht zuletzt aufgrund der Ankündigung von Gegenaktionen nahmen nur 32 Personen an der extrem rechten Kundgebung teil, unter ihnen auch Joachim Schäfer, ein verurteilter Auschwitzleugner aus Meerbusch, sowie diverse NPD-Funktionäre und -Aktivisten, wie das ehemalige NPD-Bundesvorstandsmitglied Martin Laus, heute NPD-Kreisvorsitzender Düsseldorf/Mettmann. Für die Lautsprechertechnik zuständig war der Frontmann der neonazistischen Rechts-Rock-Band „Oidoxie“, Marko Gottschalk aus Dortmund, der dem Spektrum der neonazistischen „Freien Kameradschaften“ angehört. Der Anmelder Björn Clemens hatte diesen zuletzt in einem Strafverfahren, u.a. wegen Volksverhetzung, verteidigt.

Nach Ende der Kundgebungen kam es für die Nazis zu erheblichen Verzögerungen bei der Abreise. Zuerst weigerten sich die Fahrer der angeforderten Taxis, die Neonazis zu transportieren, danach wurde mehrfach deren Abreise blockiert.

Scharf kritisierte Sara Lauter den Polizeieinsatz: „Zuerst wollte die Düsseldorfer Polizei unter den Teppich kehren, dass Neonazis hier demonstrieren wollen. Dann drohte sie der Antifa mit dem Verbot von Gegenprotesten. Danach diskreditierte sie nach einem einvernehmlichen Kooperationsgespräch den Anmelder der Bündnis-Kundgebung und schließlich untersagte sie am Sonntag der Organisation Attac die genehmigte Mahnwache. Strategie der Polizei war Eskalation, darauf haben wir uns nicht eingelassen“.

So kesselte die Polizei insgesamt vier Gruppen von GegendemonstrantInnen ein und nahm Personen in Gewahrsam bzw. vorübergehend fest.

„Wer den Krawall herbeiredet und GegendemonstrantInnen drangsaliert, muss natürlich für entsprechende Zahlen sorgen“, so Lauter weiter. Das Bündnis dankt allen, die sich lautstark und aktiv gegen die Nazis protestiert haben.

Pressemitteilung 25.5.2008
http://www.antifa-kok.de ■

Auf der Webseite der VVN-BdA NRW (www.nrw.vvn-bda.de) ist die Rede von Jürgen Schuh, Sprecher der VVN Düsseldorf dokumentiert, die viele Infos zur „Schlageter-Stadt“ Düsseldorf enthält.

Ladenschluss

BREMEN. Die Brüder Ostendorf sind in der Hansestadt keine Unbekannten. Henrik Ostendorf arbeitet in Riesa für das NPD-Organ „Deutsche Stimme“. Mit André Sagemann führt er seit Jahren in Bremen die Hooliganszene an. Weiter aktiv ist er im verbotenen Netzwerk „Blood & Honour“. Sein Bruder Hannes Ostendorf betreibt seit letztem Jahr das Bistro „Baguette de France“ in Lilienthal. Im Mai 1982 wird er für den Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft an der Schwachhauser Heerstraße verurteilt. Mit Freunden gründet er die Musikgruppe „Kategorie C“. Als Kategorie C stuft die Polizei die äußerst gewaltbereiten Teile der Hooligans ein. Nach deren Auflösung entstehen 2004 „voll-KontaCt“ und „KC-hungrige Wölfe“. Als auch diese Band verboten wird, werden in Lüneburg vermeintliche Antifaschisten gejagt. Mitbeteiligt ist auch Martin Elsner, der in Hastedt einen Laden unter dem Namen „Sieg oder Spielabbruch“ betreibt. Im Juni 2005 feiert die Hooligan-“Standarte 88“ ihr 15jähriges Bestehen auf einem Partyschiff an der Schlachte. Zeitgleich stellt die Polizei bei einer Durchsuchung im „Heimdall-Shop“ des Nordbremers Lutz Henze eine CD unter dem Titel „Zu Gast bei uns“ sicher, u.a. mit Liedern der verbotenen Gruppe „KC-hungrige Wölfe“. Im Januar 2007 überfallen Hooligans und Neofaschisten eine Feier von „Racille Verde“ im Ostkurvensaal des Weserstadions. Mit von der Partie sind auch Hannes Ostendorf und André Sagemann. Zwei Angriffe auf ein Jugendzentrum folgen. Am 1. Mai versammeln sich mehr als 1.000 Faschisten im Hamburg zu einem ihrer größten Aufmärsche im norddeutschen Raum. „Unter ihnen waren Anhänger der rechten Bremer Hooligantruppe «Standarte» um den NPD-Anhänger Henrik Ostendorf und Aktivisten der Bremer Landes-NPD wie Lutz Henze und Jörg Wrieden“ (Weserkurier, 2.5.08).



Seit Herbst vergangenen Jahres beschäftigt sich das Bremer Bündnis gegen Rechts verstärkt mit den Aktivitäten der faschistischen Szene in Bremen. Anfang Dezember wurden Am Brill Flugblätter verteilt, in denen auf den „Sportsfreund“ aufmerksam gemacht wurde, einen Laden in der Faulenstraße, in dem Marten Ostendorf Kampfsportausrüstung, Bodybuildernahrung und Kleidung der Marken Thor Steinar, Sport frei, Yakuza, Brachial, Violence usw. verkauft. In der von DGB-Jugend und Standpunkt Bremen kürzlich herausgegebenen DVD „Auseinander Setzen“ werden Hintergrund und die Entstehungsgeschichte dieser Marken und der Naziläden dargestellt. Bei ihrer Vorstellung plädierte Ralph Beduhn aufgrund jahrelanger Erfahrung, klare Grenzen zu setzen, rassistische und antisemitische Sprüche nicht zuzulassen. Dabei kommt es sehr auf Beständigkeit an.

Die Projektarbeit in Weyhe-Leeste begann in einer Zeit offener rassistischer Gewalt und Mordanschläge zu Beginn der 90er Jahre. Ein Klima der Toleranz, so Ralph Beduhns klares Bekenntnis, kann nur entstehen, wenn man sich klar gegen jegliche rassistische oder faschistische Übergriffe stelle. Im April fanden quer durch Bremen vier Veranstaltungen von Standpunkt Bremen statt, in denen die Gefahren verdeutlicht wurden, die sich ergeben, wenn man alles so laufen lässt. Das Bremer Bündnis gegen Rechts wird auf seinem nächsten Treffen am Donnerstag, den 29. Mai um 19:30 Uhr im Helene-Kaisen-Nachbarschaftshaus, Am Ohlenhof 10, beraten, was gemeinsam unternommen werden kann, damit sich niemand an das Bestehen solcher Geschäfte wie „Sportsfreund“ gewöhnt.

Raimund Gaebelein ■

Naziaufmärsche im ersten Quartal 2008

Zur Unterstützung antifaschistischer Arbeit fragt die Fraktion DIE LINKE von nun an quartalsweise von der Bundesregierung ab, welche rechtsextremen Aufmärsche es bundesweit gab. Die Antwort auf unsere Anfrage für die Monate Januar bis März 2008 kann auf der Website **www.ulla-jelpke.de** nachgelesen werden.

Trotz Nazi-Morddrohungen: Rainer Sauer ohne Polizeischutz

Trotz mehrerer Nazi-Morddrohungen wird dem Kreissprecher der LINKEN in Bocholt weiterhin kein Polizeischutz gewährt. Während die bundesweite Solidaritätswelle für Rainer Sauer nicht abreißt und die Solidaritätshomepage fast 2500 Soli-Unterschriften gesammelt hat, interessiert sich die örtliche Kreispolizeibehörde offenbar wenig für die dramatische Situation in Bocholt. Die Gefährdungslage für Rainer Sauer sei nicht konkret, heißt es seitens der Kreispolizei. Eine gefährliche Verharmlosung der Situation, meint DIE LINKE.

Die Liste der Angriffe und Einschüchterungsversuche gegen Rainer Sauer ist lang. Neben dem Mordaufruf per Videobotschaft im Internet sind weitere Nazi-Morddrohungen bei Rainer Sauer eingegangen. So bekam Rainer Sauer einen anonymen Drohanruf, in dem ihm Waffengewalt angedroht wurde. Über diesen Anruf existiert ein Mitschnitt.

Wenig später erhielt Rainer Sauer einen Drohbrief, in dem ausdrücklich von der „Ausrottung aller Linken und Kommunisten" die Rede ist. Unterschrieben ist der Brief mit den Worten „Sieg Heil".

„Müssen die Neonazis erst bewaffnet vor der Tür Rainer Sauers stehen, bevor die Polizei sich einschaltet?", fragt die NRW-Bundestagsabgeordnete der LINKEN, Ulla Jelpke und fügt hinzu:

„Obwohl die Zahl neofaschistischer Straftaten in NRW zugenommen hat, scheinen die Behörden das Problem nicht ernst zu nehmen. Vielmehr wird versucht, das Problem herunter zu spielen und zu verharmlosen. Wenn Drohvideos, Anrufe und Briefe mit Morddrohungen nicht dazu führen, dass Rainer Sauer und seiner Familie Schutz gewährt wird, dann muss die Frage gestellt werden, ob die Behörden auf dem rechten Auge blind sind.

DIE LINKE. wird sich weiterhin – ob mit oder ohne Unterstützung der Behörden – jeder Form von Neofaschismus in den Weg stellen – in Bocholt, in NRW und überall."

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Neue rechtsextreme Sammlungsbewegung am 1. Juni gegründet:

La Nouvelle droite populaire

Die französische extreme Rechte ist seit dem Sonntag, 1. Juni um einen neuen organisatorischen „Pol", der Kräfte um sich herum zu kristallisieren versucht, reicher. Allerdings dementierte Jean-François Touzé, langjähriger Kader des Front National (FN), der zu den führenden Köpfen des Neugründungsversuchs zählt, die zuvor durchaus erkennbare Absicht, eine neue politische Partei zu formieren. Mutmaßlich vorwiegend deswegen, weil der Sammlungsversuch nicht so schnell heranwächst, wie jene, die ihn lanciert haben, es gerne gesehen hätten.

Bereits mehrere Parteien „unseres Lagers" seien vorhanden, erklärte Touzé am Sonntag gegen 17 Uhr zum Abschluss des „nationalen Konvents", bei dem die neue Sammlungsbewegung unter dem Namen ‚Nouvelle droite populaire' (NDP, ungefähr: Den kleinen Leuten verbundene neue Rechte) offiziell ins Leben gerufen wurde. Dazu zählte er den FN, den vor knapp zehn Jahren von ihm abgespaltenen MNR (Mouvement national républicain) und den nationalkonservativen MPF (Mouvement pour la France) von Philippe de Villiers auf. Allerdings seien diese Parteien strategisch in der Sackgasse und in ihrer Entwicklung blockiert. Den MNR sah Touzé zudem seit dem Ende Mai 08 verkündeten Abgang seines Ex-Vorsitzenden Bruno Mégret, der seinen Rückzug aus dem politischen Leben ankündigte, in einer tödlichen Krise stecken. In dieser Situation, so Touzé, gehe es nicht darum, den vorhandenen Parteien eine neue hinzuzufügen, sondern an Ideen, technischen Konzepten und „Lösungen" zu arbeiten. Der frühere FN-Kader wörtlich: „*Wir müssen darstellen, wie wir die Illegalen außer Landes schaffen wollen, wie wir das monströse Staatsbürgerschaftrecht ändern und den Doppelstaatsbürgerschaften ein Ende setzen wollen. Wir müssen deutlich machen, wie wir aus dem Europa der Zwerge von Brüssel aussteigen, und vor allem, was wir an dessen Stelle setzen wollen.*" Zuvor hatte der lothringische Regionalparlamentarier Jean-Philippe Wagner – ehemals FN – vor allem auch ökonomische „Sachkompetenz", die er in sehr wirtschaftsliberalem Sinne verstanden wissen mochte, eingefordert.

Aber der Reihe nach! Am vergangenen Sonntag um 14 Uhr war der Termin für den „nationalen Konvent" oder die „nationale Zusammenkunft" (convention nationale) angesetzt, die den Startschuss für die Gründung der NDP geben sollte. Auf den Namen hatte man sich in den vorangegangenen Wochen geeinigt, nachdem bereits am 29. März ein Gründungskomitee unter dem provisorischen Namen ‚Initiativkomitee für die Neugründung' entstanden war (vgl. AN 08/08). Am 27. April traten die Gründerköpfe erneut zusammen und nahmen u.a. den neuen Organisationsnamen an. Dieser enthält eine doppelte Anspielung auf rechtsextreme Strömungen bzw. „Bewegungen" der Vergangenheit. Einerseits auf die ‚Nouvelle Droite', also jene intellektuelle Fraktion um Alain de Benoist, die nach der Niederlage der extremen Rechten in der Phase der französischen Kolonialkriege in den späten 60er Jahren entstand und in den 70ern für eine Neubegründung der Konzepte des rechten Lagers eintrat. In den späten 70er und frühen 80er Jahren



Webseite der NDP

setzten führende Vertreter dieser Strömung auf einen Entrismus (ungefähr: Unterwanderungsstrategie) im konservativ-liberalen Block, bevor die Mehrzahl von ihnen sich ein paar Jahre später beim seit 1983 zur Massenpartei aufstrebenden FN wieder fand. Der FN wiederum hatte sich seit seiner Gründung im Oktober 1972 selbst als ‚droite nationale, sociale et populaire' (also „Nationale, soziale und den kleinen Leuten verpflichtete Rechte") definiert. Die Selbstbenennung der neuen NDP spielt also auf beide Bezeichnungen an.

Am 1. Juni um 14 Uhr also waren die Kader und Sympathisanten in den Salon eines Pariser Hotels (dem Novotel Vaugirard) in der rue de Vaugirard, im mittelständisch geprägten 15. Bezirk im Südwesten von Paris, einberufen. Der Raum fasste ca. 130 Personen. Er war am Anfang annähernd und später gut gefüllt (zeitweise schienen die Sitzgelegenheiten knapp zu werden), wobei die Personen mit 50 Jahren und darüber sichtbar in der Mehrheit waren. Einlasskontrollen gab es keine, nur mussten die Eintritt Begehrenden einen Teilnahmebeitrag von sieben Euro entrichten. Am Einlass wie später am Ausgang wurde man geradezu genötigt, Kontaktformulare und Beitrittsgesuche auszufüllen. →

AIDA-Archiv berichtet:

Provokationen vor und im Münchner Rathaus

München. 8.5.2008. Eine Klageandrohung gegen die Stadt München durch den Neonazi-Anwalt und NPD-Funktionär Jürgen Rieger, eine Strafanzeige der CSU-Stadtratsfraktion gegen Karl Richter, zwei Dutzend teils rassistische Anfragen und Anträge des Stadtrats der „Bürgerinitiative Ausländerstop München" (BIA) an den Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung. Schon wenige Tage nach Arbeitsaufnahme des neu zusammengesetzten Stadtrats ist klar: Die Situation in München ist eine andere, seit es der neonazistischen, NPD-dominierten BIA Anfang März gelang, ein Stadtratsmandat zu erringen. Stadtspitze, Stadtverwaltung und die demokratischen Parteien im Rathaus suchen noch nach dem richtigen Weg im Umgang mit dem Neonazi im Rathaus.

Durchaus turbulent ging es in München bereits am 2. Mai vor und während der Vereidigung des Stadtrats Karl Richter von der rassistischen „Bürgerinitiative Ausländerstop München" zu. Vor Beginn der offziellen Veranstaltung entrollten die NPD-AktivistInnen Renate Werlberger und Roland Wuttke vor dem Eingang zum Alten Rathaussaal ein ausländerfeindliches Transparent. Die Polizei griff erst auf Aufforderung von Oberbürgermeister Christian Ude ein und unterband die Aktion.

Währenddessen verteilte ein BIA-Anhänger unbehelligt Flyer an gleicher Stelle. Später versuchten dann Renate Werlberger, Norman Bordin und andere Neonazis eine antifaschistische Kundgebung auf dem Marienplatz mit eben diesem Transparent zu provozieren. Bordin und zwei weitere Fotografen machten zudem Aufnahmen der Anwesenden.

Zur gleichen Zeit sorgte der BIA-Stadtrat Karl Richter bei der Vereidigung der neugewählten Stadträte im Alten Rathaussaal für einen Eklat. Wie mehrere Stadträte verschiedener Parteien und die SZ berichten, habe Richter bei der Vereidigungszeremonie die Hand nicht, wie üblich, zum Schwur gehoben, sondern sie abgewinkelt nach vorn gereckt. Viele der Anwesenden interpretierten das als angedeuteten Hitlergruß. Fotos aus Zeitungen lassen ebenfalls diesen Eindruck aufkommen. Die CSU-Stadtratsfraktion beschloss daraufhin, in ihrer Fraktionssitzung am 7. Mai Strafantrag gegen Karl Richter zu stellen.

Nicht mehr als die formalen Rechte eines Stadtrates wolle man Richter zubilligen. Dies erklärte OB Ude (SPD) bereits wenige Tage nach der Wahl im März, als klar war, dass Richter ins Rathaus würde einziehen können. Bei der ersten Vollversammlung am Freitag wurde zudem eine Änderung der Geschäftsordnung beschlossen, so dass der Ältestenrat der Stadt mit einer 4/5 Mehrheit Anfragen und Anträge, die nach Ansicht des OB „nach Form und Inhalt einen Missbrauch des Antrags- oder Fragerechts darstellen", zurückweisen kann. Richter reichte an diesem Tag 25 Anträge und Anfragen ein. Etliche davon muss die Stadtverwaltung gar nicht erst bearbeiten, weil sie keine kommunalen Angelegenheiten betreffen. Ein anderer Antrag, in dem die in München lebenden Muslime diffamiert werden, wurde mit Verweis auf die geänderte Geschäftsordnung zurückgewiesen. Am 6. Mai stellte Richter den Antrag leicht umformuliert aufs Neue.

Die Süddeutsche Zeitung vom 3./4. Mai berichtet von einer Neuregelung über die Verteilung städtischer Gelder: Die Aufwandspauschale für Stadträte, die keiner Ausschussgemeinschaft angehören, wurde demzufolge auf 7.840 Euro jährlich halbiert.

Die damit finanzierten Mitarbeiter dürfen zudem keine erheblichen Vorstrafen aufweisen. Damit wäre Norman Bordin als von der Stadt bezahlter Mitarbeiter von Karl Richter aus dem Rennen. Die bisherige Aufwandspauschale soll zudem für Einzelstadträte auf 7.840 Euro jährlich halbiert werden, schreibt die SZ weiter. Die Stadt begründet dies mit dem erheblich geringeren Aufwand, den Einzelstadträte haben, die nicht in Ausschüssen vertreten sind. Auch sollen diese Stadträte in Zukunft kein Büro mehr im Rathaus erhalten. Karl Richter wiederum kündigt auf der Internetseite der „Bürgerinitiative Ausländerstop" „verwaltungsgerichtliche Eilmaßnahmen" wegen der Benachteiligung der BIA gegen die Stadt München an. Der Neonazianwalt und NPD-Funktionär Jürgen Rieger habe die anwaltschaftliche Vertretung übernommen.

Während also am Marienplatz der „Kampf ums Rathaus" Teil 1 läuft, berichtet die Münchner Presse so ausführlich wie selten zuvor. Antifaschistische Initiativen hätten sich diese Aufmerksamkeit vor den Kommunalwahlen gewünscht. Dringend erforderlich ist auf jeden Fall eine erhöhte Aufmerksamkeit, eine kontinuierliche Auseinandersetzung mit den kommunalpolitischen Strategien der Neonazis seitens der zivilgesellschaftlichen Gruppen in München. Wichtig ist aber auch, den Widerstand gegen die neonazistischen Normalisierungstrategien und den Protest vielfach und lautstark auf den Straßen und Plätzen Münchens zu zeigen und zwar deutlicher und zahlenmäßig stärker als dies in letzter Zeit der Fall war.

AIDA Sonderseite „Wahlen in Bayern 2008"
www.aida-archiv.de ■

Am Anfang wurde eine längere Power Point-Präsentation gezeigt, die illustrieren sollte, worum es den Gründern der NDP ging. Man sah zunächst hässlich wirkende Bilder von Immigranten, die in Zusammenhang mit „kriminellen Szenen" oder islamistischen Demonstrationen und „Hasspredigten" gezeigt wurden. Ein Slogan machte die Grundphilosophie deutlich: „Nicolas Sarkozy hatte den Kärcher (Anm.: Hochdruckreiniger) versprochen – Aber er hat ihnen Ministerien gegeben!" Dazu wurden Bilder von drei derzeitigen Regierungsmitgliedern gezeigt: Rama Yadé, die (schwarze) Staatssekretärin „für Menschenrechte", die im Senegal geboren wurde, Justizministerin Rachida Dati (ihre beiden Eltern stammen aus Marokko und Algerien) und die Staatssekretärin für die Vorstädte, Fadela Amara. Der Zusammenhang war klar und eindeutig: Alle Gezeigten werden laut Auffassung der Urheber der Präsentation durch ihre „Rassenzugehörigkeit" definiert und sind – als Vertreterinnen ihrer „Rasse" – verantwortlich für die Umtriebe ihrer „Blutsverwandten" etwa in den sozialen Problemzonen der Banlieues (Trabantenstädte).

Nach solch „extremistischen" Tönen gegenüber Mitgliedern eines amtierenden konservativen Kabinetts, bei denen selbst Jean-Marie Le Pen heutzutage eher vorsichtig wäre, folgte die Einblendung von Gesichtern, die im Publikum Applaus hervorriefen: Gianfranco Fini, Silvio Berlusconi (samt Ehefrau), Umberto Bossi von der Lega Nord, Christoph Blocher von der ‚Schweizerischen Volkspartei' SVP, Heinz-Christian Strache von der österreichischen FPÖ, Repräsentanten des belgisch-flämischen Vlaams Belang (VB). Dies wiederum macht einen weiteren Unterschied zum „klassischen" FN auf, denn Jean-Marie Le Pen betrachtet zumindest Fini, Berlusconi und Blocher – unter der „schwarz-blauen" Regierung im Jahr 2000 aber auch die damalige FPÖ unter dem später ausgeschiedenen Jörg Haider – als „Systemparteien" oder „Juniorpartner des Establishments". Letztere, so warf Le Pen ihnen vor, verkauften „ihre Seele für ein paar Ministersessel". Im Anschluss wurden noch Bilder gezeigt, die Identifikationssymbole für die angestrebte (rassische bzw. abendländische) Identität zeigen sollen und im Saal durch Ah- und Oh-Rufe sowie Applaus quittiert wurden: die Akropolis in Athen,

➔

die keltische Kultstätte in Stonehenge, der Mont Saint-Michel in der Normandie, die Festungsanlagen von Besançon und La Rochelle, das angestrahlte Brandenburger Tor. Gefolgt von Slogans für ein Europa, „das sich verteidigt“, „sich seiner Identität bewusst ist“, Einblendungen von elsässischem Sauerkraut, Bildern von Mittelalterfestivals, Traktoren, Panzern und Kampfflugzeugen.

Doppelte Kritik am klassischen Profil des Front National

Das durch die neue NDP gewünschte Profil zeichnet sich also durch eine doppelte Kritik am „klassischen“ FN aus.

Einerseits wird ihm vorgeworfen, beim Thema des (offenen) Rassismus viel zu viel „Wasser in seinen Wein geschüttet“ zu haben. Denn parteioffiziell wirbt der Front National seit den Wahlkämpfen von 2006/07 nun auch um die französischen Staatsbürger/innen migrantischer Herkunft. Und Alain Soral, der Vordenker und Berufsprovokateur, der Jean-Marie und vor allem Marine Le Pen berät, hat schon einen Namen für die (formell?) umworbenen Nachwuchsfranzosen gefunden: ‚Français de branche‘ (Franzosen vom Ast), im Gegensatz zu den im allgemeinen Sprachgebrauch so genannten ‚Français de souche‘ (wörtlich „Wurzelfranzosen“, womit im Alltag die Franzosen nicht-migrantischer Herkunft bezeichnet werden). Eine Konzeption, die bei den Hardlinern und lupenreinen Rassenideologen der extremen Rechten wiederum Tobsuchtsanfälle auslöst. So erklärte Pierre Vial, der wohl nazinächste herausragende Repräsentant der französischen extremen Rechten und Chef des Clubs ‚Terre et peuple‘ (Volk und Erde) in einer Grußbotschaft, die bei der NDP-Gründungsversammlung verlesen wurde und Beifall erntete, wörtlich: „Der Kampf gegen die Invasoren scheint heute durch diejenigen aufgegeben zu werden, die sie (die Eindringlinge) als ‚Zweige des Baumes Frankreich‘ bezeichnen.“

Auf der anderen Seite wird Jean-Marie Le Pen aber auch sein „mangelnder Wille zur politischen Macht“ zum Vorwurf erhoben. Tatsächlich lehnt Le Pen faktisch jegliche Beteiligung an einer „realpolitischen“ Strategie der Machteroberung oder -beteiligung, gar in einer Position als Juniorpartner bürgerlich-konservativer Kräfte, faktisch als Zeitverschwendung oder „Veräußerung seiner Seele“, jedenfalls als pure Nerverei ab. Wie schon bei den Dissidenten um Bruno Mégret 1994 ist auch heute dieses Motiv der Abgrenzung von dem „machtunwilligen oder -unfähigen“ Le Pen nach wie vor aktuell. Bei den NDP-Gründern setzt man offen auf eine Unterstützung der (und durch die) erfolgreichen, zum Teil am Regierungsgeschehen beteiligten rechtsextremen oder rechtspopulistischen Kräfte in Europa. So entsandte neben anderen Figuren auch der Europaparlamentarier der norditalienischen, rassistisch-föderalistischen Lega Nord und frühere Staatssekretär Mario Borgezio eine Grußbotschaft an die Versammlung der neuen NDP. Darin kündigte er an, „die vier Minister der Lega Nord“ in Rom würden in Bälde „eine Initiative ergreifen, um eine Volksabstimmung über den Lissaboner Vertrag (den neuen EU-Vertrag, der an die Stelle des 2005 gescheiterten Verfassungsentwurfs tritt) zu fordern“. Diese Ankündigung erntete breiten Applaus im Saal.

Ferner wird dem „klassischen“ FN aber auch mangelnde Europatauglichkeit vorgeworfen. Dieser Vorwurf ist zum (kleineren?) Teil auch „realpolitisch“ begründet. Zum Anderen verweist er aber auch auf einen bereits älteren ideologischen Streit um die Ausrichtung der französischen extremen Rechten, da ein Teil dieses Spektrums seit längerem für einen positiven Bezug sowohl auf die „regionale und europäische Identität“ (die rassisch begründet wird) als auch auf die französische Nation eintritt. Und sich damit vom Mainstream des klassischen FN, der traditionell am französischen Nationalstaat festhält, absetzt.

So setzte sich Robert Spieler, der im März – zwecks Teilnahme an der Gründung der NDP in führender Position – vom bisher innegehabten Vorsitz der rechtsextremen Regionalpartei Alsace d’abord (Elsass zuerst) zurücktrat, am Sonntag für eine entsprechende Konzeption ein. Hinter ihm wurde zudem auf der Leinwand durch Power Point das Motto „Verteidigen wir unsere regionalen, nationalen und europäischen Identitäten“ eingeblendet. (Trotz seines Rücktritts vom Amt scheint seine bisherige Formation, Alsace d’abord, 1988 aus einer regionalen Abspaltung vom FN hervorgegangen, an der NDP-Gründung teilzunehmen. Im Saal wurde jedenfalls auch der derzeitige Alsace d’abord-Kandidat zu einer örtlichen Wahl, Gérard Volkel – jaja, auch im Elsass wird rumgevölkelt – durch das Podium und die applaudierenden Teilnehmer begrüßt.)

Neben Spieler hatten etwa auch die früheren FN-Regionalparlamentarier im ostfranzösischen Lothringen, Jean-Philippe Wagner und François Ferrier, jetzt Köpfe ihrer eigenen Fraktion unter dem Namen ‚Identité nationale et tradition‘, für einen „realistischen“ Europabezug plädiert. Wagner führte dazu an, zahlreiche Arbeitnehmer aus seiner ostfranzösischen Region arbeiteten als Grenzgänger in Luxemburg, und man benötige ein Konzept für solche Phänomene. Der klassische FN hingegen habe keine Konzepte und weise keine wirtschaftspolitische Kompetenz auf.

Vorläufige Bilanz

Alles in allem ähnelt diese Kritik jener, die der MNR nach seiner Abspaltung vom Front National im Winter 1998/99 vortrug. Allerdings hat der MNR damit nie den Durchbruch zur Massenpartei geschafft. Wird der NDP ein ähnliches Schicksal drohen? Diese Frage ist im Augenblick noch offen. Tatsächlich bietet auch sie das Bild eines Sammlungsversuchs, der zunächst ausschließlich aus internen Widersprüchen beim FN, oder allgemein bei der (parteiförmig) organisierten extremen Rechten, resultiert. Das Echo „auf Massenebene“ bleibt damit ungewiss.

Allerdings ist die Krise des FN, dessen Apparat momentan nur noch in widerstreitende Clans und Cliquen aufgelöst erscheint und die mit der ungelösten „Nachfolgefrage“ an der Parteispitze verbundene Krise derzeit nicht bewältigen kann, heute ungleich weiter fortgeschritten. Vom Augenschein her besteht eine gewisse Parallele zu dem Sammlungsversuch (vorübergehend gescheiterter Parteipolitiker), der 1991 in Deutschland vor dem Hintergrund der Krise der „Republikaner“ (REPs) gestartet wurde und an dem ehemalige Führungskader der REPs wie Harald Neubauer oder der NPD wie Jürgen Schützinger teilnahmen – unter dem Namen „Deutsche Liga für Volk und Heimat“. Allerdings entstand aus der, global erfolglosen, DLVH zumindest auf örtlicher Ebene, in Köln, die Keimzelle für eine später relativ erfolgreiche örtliche rechtspopulistische Partei alias „Bürgerbewegung“ namens ‚Pro Köln‘. Sicherlich vor dem Hintergrund einer mangelnden Integrationsfähigkeit der bundesweit vertretenen rechtsextremen Parteien, mögen sie nun REPs, NPD oder auch DVU heißen.

Der französische MNR, dessen Vorsitzender Bruno Mégret nun Ende Mai seinen „Rückzug aus dem politischen Leben“ (und den Antritt einer Erwerbsarbeit „bei einem großen Unternehmen im Ausland“) ankündigte, sollte ursprünglich an dem neuen Sammlungsversuch in Gestalt der NDP teilnehmen. Allerdings hat dieses Unterfangen die, inzwischen auf den Status einer Splittergruppe geschrumpfte, Partei – möglicherweise für ein letztes Mal – gespalten. Denn während es einen Teil des MNR in die neue Sammelbewegung zieht, in deren Vorstand etwa das MNR-Führungsmitglied Yann Phélipeau sitzt, widersetzt sich ein anderer Teil seiner Führungskader dieser Orientierung und plädiert für eine (Wieder)Annäherung an den „klassischen“ FN. Aus diesem Grunde verkündete z.B. Annick Martin, die Vizepräsidentin des MNR, die an der Gründungsveranstaltung vom 1. Juni teilnehmen sollte, in einer Grußbotschaft an den Saal, dass und warum sie nicht kommen werde. „Vor dem 22. Juni“, also der nächsten nationalen Vorstandstagung des MNR, bei der über die Ersetzung des ausscheidenden Vorsitzenden Bruno Mégret entschieden werden wird, nehme sie „an keiner Initiative teil, die zu Missverständnissen führen und Anstoß erregen könnte“. Wohl ein Anzeichen der tiefen Gräben, die derzeit die Führungsetagen des MNR durchziehen. Wenigstens eine rechtsextreme Formation dürfte also möglicherweise demnächst „draufgehen“... *Bernhard Schmid, Paris* ■

Abschiebebeobachtung am Flughafen

Frankfurt. Seit nunmehr zwei Jahren gibt es eine Abschiebungsbeobachtung am Frankfurter Flughafen. Begleitet wird die Arbeit der beiden dort eingesetzten Abschiebungsbeobachterinnen vom Forum Abschiebungsbeobachtung Flughafen Frankfurt am Main (FAFF). Im Forum sind die Bundespolizei, die beiden großen Kirchen und drei Nichtregierungsorganisationen (amnesty international, Hessischer Flüchtlingsrat, PRO ASYL) vertreten. Im Rahmen einer Pressekonferenz in Frankfurt wurde der Jahresbericht der Abschiebungsbeobachtung für die Jahre 2006 und 2007 vorgestellt. PRO ASYL, der Hessische Flüchtlingsrat und amnesty international legten ein gemeinsames Statement vor.

Im Rahmen der Abschiebungsbeobachtung wurde exzessive Gewaltanwendung von Seiten der Bundespolizei nicht festgestellt, Problemlagen jedoch gibt es reichlich. Die Nichtregierungsorganisationen sind besorgt darüber, dass durch EU-Charterabschiebungen unter Ausschluss der Öffentlichkeit jede Kontrolle und möglicherweise auch die geltenden deutschen Richtlinien unterlaufen werden. Vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl von Flugabschiebungen per Eurocharter treten die Organisationen dafür ein, dass auch auf anderen deutschen Flughäfen und in anderen EU-Staaten unabhängige Abschiebungsbeobachtungen entstehen. *Quelle: Pro Asyl* ■

1. Aufruf zur Mobilisierung Für einen Gegengipfel und ein alternatives Forum „Migration und Entwicklung“

Für ein offenes und solidarische Europa!

Frankreich hat das Thema Migration zu einer seiner Prioritäten während der französischen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2008 gemacht. Am 13. und 14. Oktober trifft sich der Ministerrat der EU in Paris, um einen „Europäischen Vertrag über Einwanderung und Asyl“ zu verabschieden.

Am 20. und 21. Oktober diesen Jahres wird in Paris die zweite interministerielle euro-afrikanische Konferenz zu Migration und Entwicklung stattfinden („Rabat II“).

Frankreich will seinen europäischen Partnern Verträge vorschlagen zum „konzertierten Management der Migrationsströme und zur gemeinsamen Entwicklung“, als Modell für Verhandlungen, in denen auf der einen Seite Frankreich Werbung macht für eine „immigration choisie“ (ausgewählte oder selektive Einwanderung) und auf der anderen Seite von den Ländern des Südens fordert, ihre Staatsangehörigen und diejenigen aus Drittländern, die ihr Territorium durchquert haben, zurückzunehmen.

Wir sind besorgt über den wesentlich von sicherheitspolitischen Prinzipien bestimmten Charakter des Umgangs mit Migrationsströmen, über die Art und Weise, wie MigrantInnen behandelt werden und über die Umsetzung ökonomischer Entscheidungen, die den afrikanischen Kontinent am Rand der Entwicklung, im Zustand der Marginalisierung halten, und haben deshalb entschieden, eine europäische Mobilisierung zu organisieren, um die Stimmen der französischen, europäischen und afrikanischen Zivilgesellschaften zu Gehör zu bringen.

Es ist höchste Zeit, dass die Frage von Migration und Entwicklung wirklich unter dem Blickwinkel gegenseitiger Interessen gedacht wird: denen der Herkunftsländer, der Transitländer, der Aufnahmeländer und vor allem der MigrantInnen selbst.

Europa verwandelt sich in eine verschlossene Festung und benutzt maßlose Methoden, um den Zugang zu seinem Territorium zu verhindern und Papierlose abzuschieben. Wir wollen reagieren, um Europa nicht wieder zurück fallen zu lassen in die finsteren Zeiten der Segregation zwischen Staatsangehörigen und Unerwünschten durch die Systematisierung von Lagern und gewaltsamer Abschiebung.

Wir rufen auf, teilzunehmen an einer großen europäischen Mobilisierung in der Woche vom 13.-19. Oktober in Paris, für eine andere Konzeption von Einwanderung und eine andere Beziehung zwischen der EU, Afrika und dem Rest der Welt. Wir organisieren zu diesem Anlass einen Gegengipfel zu Fragen von Migration und Entwicklung, eine große europäische Demonstration und ein riesiges Konzert.

Bei der ersten Versammlung zur Vorbereitung in den Räumen des CRID waren folgende Organisationen anwesend:

Cimade, ENDA Europe, GRDR,Altermondes, IPAM, CRID, Emmaüs International, CNCD, Terre des Hommes France, FAL, Observ-i-x,Peuples Solidaires, IDD, Gisti, UCIJ, SNUIPP, FSU, FSU – UCITT, MRAP, CIEMI /Migrations Société, CGT, RESF, Migreurop, ANAFE, Secours Catholique, Emmaüs Europe, CFDT, FASTI,ATTAC,Cedetim, Frères des Hommes

Quelle: Oekum. Auslaenderarbeit HB / list flucht@nds-fluerat.org ■

Europäischer Gerichtshof erklärt EU-Drittstaatenregelung für nichtig

Der Europäische Gerichtshof in Luxemburg (EuGH) hat am 6.5. die EU-Drittstaatenregelung und die EU-Regelung über sichere Herkunftsländer für nichtig erklärt (Rs. C-133/06).

Die EU-Listen waren schon bei Verabschiedung der Asylverfahrensrichtlinie höchst umstritten. PRO ASYL, der Europäische Flüchtlingsrat ECRE und UNHCR hatten wegen dieser problematischen Regelungen Ende 2005 eine Ablehnung der Richtlinie gefordert.

Nachdem der Rat sie dennoch verabschiedet hatte, klagte das Europäische Parlament gegen die Richtlinie vor dem EuGH und stützte die Klage unter anderem auf Missachtung seiner Mitentscheidungsrechte. Jetzt hat das Parlament vor dem EuGH Recht bekommen.

Insbesondere die Drittstaatenregelung stellt einen Frontalangriff auf den internationalen Flüchtlingsschutz dar. Flüchtlinge, die über einen solchen „sicheren Drittstaat“ einreisen, hätten bereits an der Grenze abgewiesen werden können, ohne dass der Asylantrag überhaupt geprüft worden wäre. Die Liste mit „sicheren Herkunftsländern“ hätte ebenfalls zu einem Ausschluss vom Asylverfahren ohne Prüfung der Asylgründe geführt. Beide Regelungen sind den deutschen Ausschlüssen vom Asylrecht nach dem Grundgesetz nachempfunden. Die Idee der „supersicheren Drittstaaten“ wurde vom damaligen Bundesinnenminister Otto Schily in die Richtlinie hineinverhandelt. Mit inhaltlichen Fragen des Flüchtlingsschutzes hat sich der EuGH in der heutigen Entscheidung, die sich auf formale Gründe stützt, nicht auseinander gesetzt.

PRO ASYL fordert das Europäische Parlament auf, das nun erstrittene Recht auf Mitentscheidung so zu nutzen, dass auf die Erstellung von EU-Listen sicherer Dritt- und Herkunftsstaaten verzichtet wird. Europa wird seiner Verantwortung für den internationalen Flüchtlingsschutz nicht gerecht, wenn es künftig Schutzsuchende bereits an seinen Grenzen in Staaten wie die Ukraine, Weißrussland oder Libyen zurückschiebt.

Die EU verfolgt seit Jahren die Strategie der Externalisierung des Flüchtlingsschutzes und entzieht sich immer mehr der eigenen Verantwortung für den Schutz von Flüchtlingen. Die heutige EuGH-Entscheidung bremst den europäischen Wettlauf der Schäbigkeiten.

Pressemitteilung pro Asyl v. 6.5.2008 ■

Sicht zu Migration aus dem Glashaus

BERLIN. In einer kleinen Anfrage (BT-Drucksache 16/8347) hat sich die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen insbesondere nach den fehlenden Inhalten im 7. Lagebericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland erkundigt. In der Antwort vom 25. März 2008 (BT-Drucksache16/8646) finden sich erneut mehr Lücken als Antworten. Die Fragesteller hatten in ihrer Vorbemerkung moniert, der 7. Lagebericht sei ein Paradebeispiel deskriptiver Affirmation. Man habe an vielen Stellen lediglich Textblöcke aus dem nationalen Integrationsplan kopiert, ansonsten würden die Gesetzgebung der Großen Koalition und die Rechtsprechung referiert. Besonders deutlich werde die Diskrepanz zu vorangegangenen Berichten und beim Thema Flüchtlinge. Der aktuelle Bericht komme mit vier Seiten aus, während der 6. Lagebericht diesem Thema immerhin noch 33 Seiten gewidmet hatte.

Die Antwort der Bundesregierung weist aus, dass die Integrationsbeauftragte das Bundeskanzleramt, wo die aufgewertete Staatsministerin Dr. Maria Böhmer inzwischen sitzt, kaum verlässt, um sich zu informieren. Da muss man schon froh sein, dass sie behauptet, immerhin Berichte von Wohlfahrtsverbänden, Einzeleingaben von Betroffenen sowie die Rechtsprechung zu lesen, auch wenn man dies mit Fug und Recht auch noch bezweifeln darf. Nicht besucht hat Frau Böhmer in ihrer Amtszeit Flüchtlingsunterkünfte im Flughafentransit, Abschiebungshaftanstalten, Zentren für die Behandlung von Folteropfern. Pauschal behauptet Frau Böhmer, mit dem Richtlinienumsetzungsgesetz seien die elf einschlägigen EU-Richtlinien ordnungsgemäß in nationales Recht umgesetzt worden, aber auf fast keinen Problembereich, der mit der Richtlinienumsetzung verbunden ist, geht die Bundesregierung ein. Wie der Lagebericht der Beauftragten selber zitiert die Bundesregierung in der Antwort zu großen Teilen die Rechtslage, wo nach ihrer Kenntnis praktischer Probleme gefragt war. Die Antworten zu vielen Bereichen scheinen aus der Textbausteinproduktion des Bundesinnenministeriums zu stammen, so z.B. beim Flughafenverfahren.

Reichlich naiv geht die Beauftragte laut Antwort der Bundesregierung davon aus, dass die gesetzlichen Regelungen im Rahmen der Prüfung von Abschiebehindernissen und bei der Durchführung von Abschiebungen beachtet werden. Wo der Beauftragten bzw. der Bundesregierung zu einzelnen Fragen gar nichts mehr einfällt, wird unverfroren auf die Vorbemerkung verwiesen. Warum sich die Staatsministerin nicht mit der Praxis der Altersfeststellung bei minderjährigen Flüchtlingskindern befasst hat, wo es im Rahmen des Richtlinienumsetzungsgesetzes 2007 Verschärfungen gegeben hat? „Auf die Vorbemerkung wird verwiesen". Frau Staatsministerin Dr. Böhmer ist die fleischgewordene Vorbemerkung, die sich die Realitäten erspart und ihre Funktion offensichtlich ganz anders interpretiert als alle Vorgängerinnen und Vorgänger im Amt.

Quelle: Pro Asyl – Nds. Flüchtlingsrat ■

Gericht untersagt Abschiebung des Flüchtlingssprechers Mohammed Sbaih

THÜRINGEN. Das Verwaltungsgericht Meiningen hat in einem Eilentscheid den Antrag auf Aussetzung der Abschiebung des Flüchtlingssprechers der Insassen des Lagers Katzhütte Mohammed Sbaih positiv entschieden: „Dem Antragsgegner wird untersagt, die für den 21.5.2008 angekündigte Abschiebung des Antragstellers durchzuführen".

Das Gericht traf seine vorläufige Entscheidung aufgrund der formal rechtlichen Verstöße der Behörden wie Art und Weise der Ankündigung der Abschiebung, Einziehung der gültigen Duldung etc. Über die inhaltlichen Gründe aufgrund rechtlicher und tatsächlicher Abschiebehindernisse hat das Gericht in seinem Urteil nicht entschieden, was aufgrund der Kürze der Zeit schwierig zu prüfen gewesen wäre.

Deshalb besteht die Gefahr der erneuten Abschiebung besteht. Es muss mit neuen Versuchen gerechnet werden. Insbesondere da sich gezeigt hat, dass einige Behörden in Thüringen, wenn sie zu Recht in die Kritik geraten, ihre Haltung nicht korrigieren, sondern aggressiv gegen die FlüchtlingsaktivistInnen des Barackenlagers Katzhütte vorgehen.

Weitere Informationen:
http://thevoiceforum.org ■

Demonstration am 5. Juni in Saalfeld

11.30-12.30 Uhr: Solidaritätsbesuch in Katzhütte ● 14.00 Uhr Kundgebung am Marktplatz in Saalfeld mit offenem Mikrofon zum Thema Situation der Asylbewerber in Thüringen ● 16.00 Uhr Demonstration zum Landratsamt Saalfeld/Rudolstadt

SCHLIESST DIE BARACKEN IN KATZHÜTTE !!!

Die Aktionen werden organisiert von The VOICE Refugee Forum und unterstützt von der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, die bundesweit mobilisiert und Delegationen nach Katzhütte sendet. Die folgenden Organisationen in Thüringen erklären sich solidarisch: Aktionsnetzwerk gegen Rechtsextremismus Jena, Antifaschistische Aktion Saalfeld, Besetztes Haus Erfurt, Bündnis für Integration und Dialog Saalfeld, Flüchtlingsrat Thueringen, Gerberei 1, Weimar, JAPS Jena und REFUGIO Thüringen.

Angriffe auf Roma-Lager in Italien

KÖLN/ITALIEN. Am 13.5. stürmte eine rassistische Meute in Ponticelli, einem Vorort von Neapel, ein kleines Roma-Camp mit 25 Hütten aus Karton und Brettern und fackelte es ab. Ermutigt von Berlusconi und seinen neofaschistischen Partnern gingen daraufhin in anderen italienischen Städten vor allem Mailand und Rom ebenfalls Lager in Flammen auf und wurden Roma-Familien vertrieben. Der neue Bürgermeister von Rom, ein ehemaliges Mitglied der faschistischen Partei will die ca. 60 Roma-Lager in und rund um Rom räumen. Vorzeichen gab es schon im letzten Jahr, als ein Roma-Lager in Livorno angegriffen wurde und mehrere Kinder verbrannten, sowie vorher in Milanese.

Viele der Roma leben seit Jahrzehnten in Italien, haben Jobs. Ansonsten kümmerten sich die linken oder rechten Regierungen um nichts: es gibt keine Wohnungsversorgung, keine Sozialhilfe für Flüchtlinge und die Schulpflicht wird nicht durchgesetzt.

Am 28. Mai flogen schon wieder Molotowcocktails in ein Camp bei Neapel.

Bisher hat die Kölner dieser rassistische Furor nicht weiter berührt. Neapel ist ja weit weg. Und ach die Italiener … aber seit einigen Tagen kommen Roma-Flüchtlinge aus Italien zu Hunderten nach Köln. Ja, was machen? Den Müll aus Neapel nehmen wir ja gerne gegen Bares. Aber was machen wir mit denen, die die Mafiosi in der Regierung und in den Armenvierteln zum Menschenmüll erklärt haben und die sie jetzt entsorgen?

Es wird sich zeigen, ob wir jetzt wieder abwarten, bis die Neofaschisten in Köln ihrerseits zu Säuberungen aufrufen oder ob es uns gelingt eine breite Front der Solidarität für dieses durch ganz Europa hin und her getriebene Volk aufbauen können.

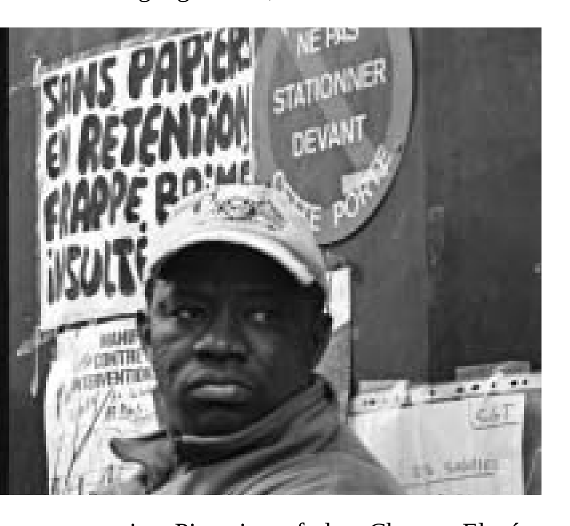
Einen Eindruck von den Taten des rassistischen Mobs, der sich dann auf die Ausgestoßenen stürzt, kann man auf You Tube bekommen, wenn man folgende Videos anklickt:

Roma-camp in Ponticelli (Neapel) angegriffen und in Brand:
http://www.youtube.com/watch?v=uiEN4Q8Ofz4
http://www.youtube.com/watch?v=x0A82zrdkKA
http://www.youtube.com/watch?v=yfevEh9e5bo
http://www.youtube.com/watch?v=k9ldOswvnYU
http://www.youtube.com/watch?v=fsGqHiK8kVI
http://www.youtube.com/watch?v=riLejp-K7xc
http://www.youtube.com/watch?v=3Nf1CG0lx1I
Roma-camp in Mailand in Brand:
http://www.youtube.com/watch?v=_zg7BPh6iMs&feature=related 6
Roma-Camps in Rom:
http://www.youtube.com/watch?v=QBsuqUdaL2E
http://www.youtube.com/watch?v=ai-h1DhEY-M
http://www.youtube.com/watch?v=FklAdUqGrHA
http://www.youtube.com/watch?v=CmPaVCh-_Gc

Kurt Holl
aus Rundbrief ROM e.V. ■

Streik der Sans papiers: Die „zweite Welle" hat begonnen

Am Dienstag, den 20. Mai ab 11 Uhr begann die, seit einiger Zeit angekündigte, „zweite Welle" von Streiks der Travailleurs sans papiers (oder lohnabhängigen „illegalen" Einwanderer) im Raum Paris. Im Laufe des Tages traten rund 500 „Arbeitende ohne Papiere" in zwanzig Unternehmen in Paris und dem Umland der Hauptstadt in den Streik – zusätzlich zu jenen mehreren hundert Sans papiers, die sich seit dem 15. April dieses Jahres im Ausstand befinden. Betroffen sind von dieser „zweiten Streikwelle" insbesondere Reinigungsfirmen, Bauunternehmen sowie



eine Pizzeria auf den Champs-Elysées und andere Gaststättenbetriebe. Eine angespannte Situation herrschte zunächst besonders bei Pizzeria „Pasta Papa" auf den Champs-Elysées, wo der Arbeitgeber es für klug hielt, angebrachte Transparente abzureißen und die Streikenden zu bedrohen. Dorthin wurde deswegen Verstärkung aus der Unterstützerszene gebeten. In den darauffolgenden Tagen hat sich dort die Situation so entwickelt, dass der Arbeitgeber das Restaurant vollständig hat leer räumen und die Arbeits- sowie Küchengeräte hat abtransportieren lassen: Die Streikenden dort können nur noch nackte Wände besetzen. In den anderen Fällen hat sich die Situation besser gehalten, mehrfach unterstützte auch der Arbeitgeber (unter dem Druck des Streiks) die Forderung nach „Legalisierung" der jeweils betroffenen Arbeitskräfte.

Diese, seit einigen Tagen erwartete, Ausweitung des Sans papiers-Streiks ist eine Reaktion der organisierten Unterstützer/innen (insbesondere CGT und „Droits devant!", eine Art PR-Agentur, die sich in den Dienst sozialer Bewegungen stellt) darauf, dass die „Legalisierung" der für ihr Aufenthaltsrecht streikenden Sans papiers bislang nur äußerst schleppend vorankam. Auf dem Stand vom 20. Mai hatten bislang nur 70 jener rund 1.000 Sans papiers, die ihre „Legalisierung" (régularisation) im Rahmen des Streiks und mit – formeller, durch den Arbeitskampf erzwungener oder realer – Unterstützung durch ihre jeweiligen Arbeitgeber an diesem Punkt gefordert hatten, eine vorläufige Aufenthaltsgenehmigung erhalten.

Inzwischen sind die Dinge etwas vorangekommen. So erhielten alle 8 Beschäftigten „ohne Papiere" der Billigklamottenkette Fabio Lucci im 19. Pariser Bezirk, die bereits seit fast zwei Monaten im Streik waren, Ende Mai ihre Aufenthaltsgenehmigung. Ihre Sondersituation besteht darin, dass sie nicht allein für ihre „Legalisierung" streik(t)en, sondern dass ihr Streik am 27. März zunächst deswegen anfing, weil sie seit Februar ohne Lohn geblieben waren – infolge des betrügerischen Bankrotts mehr oder weniger mafioser Subfirmen, durch welche die Kette ihre Sicherheits- und Wachleute eingestellt hatte. Bezüglich ihrer Forderung auf Auszahlung der unbezahlten Löhne konnten die Streikenden sich bislang nicht durchsetzen, aber die Pariser Polizeipräfektur (Polizei- und Ausländerbehörde) erteilte ihnen ihre Aufenthaltstitel. Zudem wurde der Antrag des Arbeitgebers auf Erlass einer gerichtlichen Einstweiligen Verfügung, um die Streikposten vor dem Fabiou Lucci-Geschäft polizeilich räumen zu lassen, von einem Pariser Gericht abgeschmettert. In den letzten Maitagen erhielten nun erstmals auch die Mehrzahl der Streikenden der Restaurantkette ‚Chez Papa' (vier Restaurants in Paris für südwestfranzösische Spezialitäten), die einen der größten „Streikherde" bildet – mit 33 streikenden Sans papiers – einen Aufenthaltstitel.

Die Ausdehnung des Sans papiers-Streiks dient den Hauptunterstützern (CGT und Droits devant!) also vor allem als Mittel, um einen schnelleren Abschluss für die derzeit im Ausstand Befindlichen zu erreichen, da sich die Situation zu langsam und schleppend entwickelt. Es bleibt also beim Prinzip eines dosierten Streiks mit nur einigen „ausgewählten" Sans papiers, der punktzielgenau auf bestimmte Unternehmen zielt, um maximale Wirkung zu erzielen – ohne aber an alle lohnabhängig arbeitenden Einwanderer „ohne Papiere" zu appellieren, sich alsbald dem Arbeitskampf anzuschließen, da Letzterer in einem solchen Falle als nicht gewinnbar betrachtet wird.

Am Vormittag des 20. Mai kamen die beiden linksalternativen Basisgewerkschaften SUD-Rail (SUD Schienenverkehr) am „Lyoner Bahnhof" in Paris und SUD-Nettoyage (SUD Reinigungsgewerbe) den größeren Strukturen insbesondere der CGT, die bislang den Streik in alleiniger Eigenregie anführten, zuvor. Denn zunächst waren es die beiden SUD-Gewerkschaften, die als Erste den Tanz des ausgeweiteten Sans papiers-Streik eröffneten, bei mehreren Betrieben des Reinigungsgewerbes. SUD-Rail und SUD-Nettoyage hatten ursprünglich bereits für den Montag, 19. Mai „Aktionen" zusammen mit den Sans papiers angekündigt. Die Besetzung der Pizzeria „Pasta Papa" auf den Champs-Elysées, mit sechs streikenden Küchenbeschäftigten „ohne Papiere", wurde ihrerseits durch SUD sowie die anarcho-syndikalistische CNT unterstützt.

Die Präfekturen (Polizei- und Ausländerbehörden) im Raum Paris reagierten ihrerseits auf die Ausdehnung des Sans papiers-Streiks, indem sie am 21. Mai in einer öffentlichen Erklärung von „Ersatzdossiers" (dossiers de substitution) sprachen. Dies soll bedeuten, dass die rund 320 personenbezogenen Dossiers, die am Dienstag – im Hinblick auf eine „Legalisierung" der Betroffenen – im Zusammenhang mit der neuen Streikwelle eingereicht worden sind, an die Stelle eines Teils der 1.000 bislang eingereichten Dossiers treten könnten. Im Übrigen kündigten die Präfekturen an, nunmehr die Überprüfung der ihnen vorliegenden Dossiers zu „beschleunigen".

Konkret kündigten die Präfekturen im Raum Paris an, dass rund 300 der „alten" Dossiers, die seit Ende April zusammengestellt worden waren, nicht verhandelbar seien, da keine schriftlichen Arbeitsverträge vorlägen. (Nach französischem Recht ist ein Arbeitsvertrag unabhängig von seiner Form – ob schriftlich oder mündlich abgeschlossen – rechtsgültig, sofern nur die drei wesentlichen konstitutiven Elemente „Arbeitsleistung", „Lohnzahlung" und „Unterordnungsverhältnis" vorliegen.) Statt dieser 300 „älteren" Dossiers, bei denen keine schriftlich ausgefertigten Arbeitsverträge vorliegen, sollen also die 300 „neuen" Dossiers durch die Behörden untersucht werden. Dabei handelt es sich um einen durchsichtigen Versuch, die Betroffenen untereinander gegenseitig auszuspielen, indem den Einen die erhoffte Legalisierung quasi direkt „auf Kosten der Anderen" in Aussicht gestellt wird. Bei einer solch existenziellen Frage wie der Aufenthalts- und Arbeitsberechtigung (bei Leuten, die ihre Existenz und ihre Arbeitsstätte nunmehr öffentlich bekannt gemacht haben –s und damit ihre Beschäftigung zu verlieren drohen, falls sie nicht „legalisiert" werden, da ansonsten sogar der Arbeitgeber aufgrund „illegaler Beschäftigung" bestraft zu werden droht) wird damit ein erheblicher Druck auf die Betroffenen aufgebaut.

Bernhard Schmid, Paris ■

Aus den Beschlüssen des Bundesärztetages (20.-23. Mai 2008)

1. Abschiebung ist kein flugmedizinisches Problem – Sicherung ethisch-medizinischer Standards

Auf Antrag des Vorstands der Bundesärztekammer (Drucksache VI - 09) fasst der 111. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:

Die Innenministerkonferenz diskutiert z. Z. die Bildung eines Pools von „Ärzten für Flugmedizin“ um die Flugtauglichkeit abzuschiebender Personen feststellen zu lassen. Sie verspricht sich davon eine „Verbesserung“ des Abschiebeverfahrens.

Der 111. Deutsche Ärztetag stellt fest:

● Nicht die allein flugmedizinische Begutachtung oder Betreuung des Einzelnen ist das Entscheidende, sondern die qualifizierte Betreuung von Menschen, die sich mit der Abschiebung in einer schweren Ausnahmesituation befinden.

● Wenn zielstaatsbezogene Abschiebungshindernisse (z. B. eine bestimmte Krankheit kann im Rückführungsland nicht behandelt werden) oder inlandsbezogene Vollstreckungshindernisse (z. B. das Vorliegen einer posttraumatischen Belastungsstörung führt zu Suizidgefahr) vorliegen, müssen diese in die Beurteilung einfließen. Die Frage, ob der Abzuschiebende im engsten Sinne flugtauglich ist, greift zu kurz.

Für diese Situation wurde 2004 ein Informations- und Kriterienkatalog von einer gemeinsamen Arbeitsgruppe von Ländervertretern und Vertretern der Bundesärztekammer zu Fragen der ärztlichen Mitwirkung bei Rückführungsfragen erstellt. Diesem Katalog ist zu folgen.

Seitens der Bundesärztekammer wurde das Curriculum „Begutachtung psychisch reaktiver Traumafolgen in aufenthaltsrechtlichen Verfahren bei Erwachsenen“ entwickelt. Mehrere Landesärztekammern haben entsprechende Fortbildungen angeboten und Ärztinnen und Ärzte geschult. Die Ausländerbehörden sind aufgerufen, sich an dementsprechend qualifizierte Ärzte bzw. an Ärzte und Psychotherapeuten zu wenden, die diese Menschen behandelt haben.

2. Flugreisetauglichkeit

Auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Dr. habil. Dietrich, Herrn Prof. Dr. med. Kahlke und Herrn Dr. med. Pickerodt (Drucksache VI - 79) fasst der 111. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:

Für die Beurteilung von Flugreisetauglichkeit dürfen ausschließlich speziell qualifizierte Ärzte beauftragt werden. Der 111. Deutsche Ärztetag fordert die Innenminister der Länder auf, den mit der Bundesärztekammer erarbeiteten und im Dezember 2004 verabschiedeten Informations- und Kriterienkatalog einzuführen und der Ärzteschaft zur Kenntnis zu geben. Der 111. Deutsche Ärztetag in Ulm fordert die zuständigen Landesärztekammern auf, berufsrechtlich gegen Ärzte vorzugehen, die die einschlägigen Resolutionen der Ärzteschaft und die ethischen Grundsätze ärztlichen Handelns verletzen.

3. Ärztlich-ethische Belange im Kontakt mit Flüchtlingen/Asylbewerbern

Auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Dr. habil. Dietrich (Drucksache VI - 78) fasst der 111. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:

Der Deutsche Ärztetag fordert die Landesärztekammern und Kolleginnen und Kollegen auf, dafür Sorge zu tragen, dass die ärztlich-ethischen Belange und die Deklaration von Genf im Kontakt mit Flüchtlingen gewahrt werden. Zunehmend sind die Menschenrechte von Flüchtlingen/Asylbewerbern als Patientinnen und Patienten in Gefahr, wenn Ärzte vermehrt in ordnungs- und polizeirechtliche Maßnahmen eingebunden werden.

● Es ist bekannt, dass Ärzte mit der Zusatz-Weiterbildung Flugmedizin ihre Dienste zur Verfügung stellen, um im Auftrag von Ausländerbehörden bei Flüchtlingen, die ausgewiesen werden sollen, Reisefähigkeit zu bescheinigen und diese ggf. auch auf dem Flug in die Herkunftsländer zu begleiten. Es handelt sich dabei um kranke und in Behandlung stehende Patientinnen und Patienten, bei denen eine Traumatisierung im Raum steht und die durch Krankenhausberichte und ärztlich/psychologisch/psychotherapeutische Stellungnahmen belegt sind.

● Auch bei Flüchtlingen/Asylbewerbern, denen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) nur eingeschränkte Leistungen zustehen, versagen Ärzte im Auftrag von Sozialämtern Patienten manchmal dringend erforderliche Behandlungen und Operationen, so dass die Krankheiten zu Chronifizierung und Sekundärkrankheiten, zu einer wesentlichen Beeinträchtigung der Lebensqualität und zu Schmerzzuständen führen (z. B. defekte und nicht mehr passende Unterschenkelprothese).

● Bei der Altersfestlegung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge (UMF) lassen sich Ärzte einbinden in Altersfeststellungen, die durch die Behörden erfragt werden. Dabei sind die Festlegungen und damit die Asylverfahrensfähigkeit auf das Alter von 16 Jahren willkürlich, zumal bei dem so bestimmten Alter durch die Rechtsmediziner eine Abweichung von +/- 2 Jahren beschrieben wird. Die körperliche Untersuchung, Inaugenscheinnahme und Nacktfotos bei diesen Kindern und Jugendlichen durch ein Gremium von mehreren Ärzten, Zahnarzt und Fotografen kommt einer Körperverletzung und einer psychischen Schädigung gleich. Zusätzlich geht eine solche Altersfestlegung an der Schutzbedürftigkeit und an möglichen Traumafolgestörungen des Kindes/Jugendlichen vorbei. Die erforderliche psychiatrisch/psychotherapeutische Untersuchung wird so verhindert. Es kann sich um junge Menschen handeln, ggf. um ehemalige Kindersoldaten, die in ihrer Kindheit und auf der Flucht schwerste Gewalterfahrungen und Verluste erlitten haben und deren kindgerechte Entwicklung verhindert wurde. ...

4. Ärztliche Versorgung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus

Auf Antrag von Frau Dr. med. Lutz, Herrn Dr. med. Albrecht, MBA und Herrn Janßen (Drucksache VI - 58) fasst der 111. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:

Der 111. Deutsche Ärztetag fordert die Bundesregierung erneut auf,

1. die Übermittlungspflicht für öffentliche Stellen (öffentliche Krankenhäuser, Sozialämter) an die Ausländerbehörde im Falle der medizinischen Behandlung von Menschen ohne legalen Aufenthaltsstatus aufzuheben, um zu gewährleisten, dass diese ihr Recht auf medizinische Behandlung nach § 4 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) auch faktisch wahrnehmen können. Alternativ könnten auch alle im Zusammenhang mit Gesundheitsversorgung erhobenen Daten dem Geheimnisschutz unterliegt.

2. Rechtssicherheit für Ärzte und medizinisches Personal herzustellen, das medizinische Hilfe nicht unter den Straftatbestand der Beihilfe zur illegalen Einreise oder zu illegalem Aufenthalt nach § 96 Aufenthaltsgesetz (AufenthG) fallen.

5. Frühzeitige Identifizierung von traumatisierten und von besonders schutzbedürftigen Asylbewerbern/Flüchtlingen

Auf Antrag von Herrn Prof. Dr. Dr. habil. Dietrich (Drucksache VI - 77) fasst der 111. Deutsche Ärztetag folgende Entschließung:

Der Deutsche Ärztetag fordert die Bundesregierung und die verantwortlichen Behörden auf, sicherzustellen, dass traumatisierte Flüchtlinge und andere besonders schutzbedürftige Personen (wie z. B. traumatisierte Flüchtlinge, begleitete und unbegleitete Minderjährige, Kindersoldaten, Personen, die Folter, Vergewaltigung oder sonstige schwere Formen psychischer, physischer oder sexueller Gewalt erlitten haben) durch speziell fortgebildetes medizinisches/psychologisches Fachpersonal zu Beginn des Asylverfahrens als solche identifiziert werden und ihnen eine adäquate Unterbringung und medizinische und psychotherapeutische Behandlung ermöglicht wird.

Quelle: Auszug aus dem Beschlussprotokoll des 111. Deutschen Ärztetages, 20.-23. Mai 2008 - jesuiten-fluechtlingsdienst.de ■

Berliner Zustände 2007 – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Bereits zu Beginn des Jahres 2007 wurde der jüdische Kindergarten in Charlottenburg mit antisemitischen Parolen beschmiert und in das Gebäude eine Rauchbombe geworfen: Ein Angriff, der in den letzten Jahren in Berlin seines Gleichen sucht. Die kontinuierlich hohe Zahl antisemitischer Übergriffe der letzten Jahre offenbart ein gesellschaftliches Klima, auf dessen Grundlage ein solcher Angriff stattfinden konnte.

Antisemitismus, Rassismus, der Umgang von staatlicher Seite mit zivilgesellschaftlichem Engagement sowie rechtsextreme Tendenzen und Entwicklungen sind die Themenfelder des zweiten Schattenberichts, mit dem vier Projekte die „Berliner Zustände 2007“ aus ihrer alltäglichen Arbeit heraus darstellen und analysieren.

Mit dem jährlich erscheinenden Schattenbericht haben es sich Berliner Projekte zur Aufgabe gemacht sowohl einen Einblick in die wesentlichen Aspekte und Diskurse ihrer Arbeiten zu geben als auch relevante Entwicklungen und Tendenzen in den jeweiligen thematischen Schwerpunkten in gebündelter Form zu analysieren. Die „Berliner Zustände 2007“ schildern aus Sicht der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR), des apabiz – Antifaschistisches Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin e.V., der Opferberatungsstelle ReachOut und des Projektes Antisemitismus im Kontext von Migration und Rassismus (amira) zentrale Aspekte der allgemeinen Entwicklung des vergangenen Jahres und analysieren diese unter Berücksichtigung der jeweiligen Arbeitsschwerpunkte sowie den Rahmenbedingungen der Arbeit.

Herausgeber: apabiz und MBR
64 Seiten, Schutzgebühr: 2,- Euro
Erhältlich als pdf auf den Webseiten www.apabiz.de, www.mbr-berlin.de sowie als Druckfassung ■



Informationen Nr. 67 erschienen

Die Ausgabe widmet sich den Wissenschaften in der NS-Zeit. Die Beiträge von Michael Grüttner und Ludwig Elm zeigen, dass Professoren, Dozenten und Studenten die Machtübernahme der Nationalsozialisten durchaus nicht nur aus ideologischen Motiven begrüßten: Die Vertreibung der jüdischen und politisch missliebigen Professoren machte viele Stellen frei – junge Dozenten rückten nach und kamen auf der akademischen Karriereleiter voran.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, der Vorläuferin der Max-Planck-Gesellschaft, die Rüdiger Hachtmann in seinem Beitrag analysiert.

Zu beziehen über: Studienkreis Deutscher Widerstand 1933-1945 e.V., Rossertstr. 9, 60323 Frankfurt/Main, kontakt@studienkreis-widerstand-1933-45.de
Einzelheft 5,50 Euro zuzüglich Versandkosten, Abonnement (2 Hefte im Jahr) 22 Euro

Steinbach konnte nicht reden

POTSDAM. Rund einhundert Studierende der Uni Potsdam verhinderten am 28.5. die Eröffnung einer Vorlesungsreihe, mit der die Universität Potsdam der Vorsitzenden des Bundes der Vertriebenen die Gelegenheit geben will, ihre revisionistischen, gegen Polen und Tschechien gerichteten Positionen im akademischen Rahmen salonfähig zu machen.

Dabei wurden sie von Mitgliedern des „Rings Christlich Demokratischer Studierender“ (RCDS) tätlich angegriffen. Auf Druck von Mitgliedern des RCDS und des Brandenburger Landtagsabgeordneten Wieland Niekisch rief der Veranstalter, Prof. jur. Eckard Klein, die Polizei, um die Proteste beenden zu lassen.

Nach massiver Medienberichterstattung – Fernsehberichten, dutzenden Zeitungsartikeln in der deutschen und polnischen Presse und Radiobeiträgen – die von der erfolgreichen Blockade der Eröffnungsveranstaltung der Vortragsreihe mit Erika Steinbach ausgelöst wurde, hat das Präsidium der Uni Potsdam nun die Reihe vorerst ausgesetzt. Es gäbe Klärungsbedarf bezüglich der vier geplanten Vorträge der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen zum Thema „Siedlungsgeschichte der Deutschen in Ostmitteleuropa“.

Am Dienstag hatten fast 100 Studierende und ihre Freunde, so der Asta-Sprecher in einem Radiointerview, gegen die Veranstaltung protestiert. Sie stießen sich an der Tatsache, das einer führenden Aktivistin der politischen Rechten ein Podium geboten wird, wenn sie im Rahmen einer akademischen Vortragsreihe und gleich mehrmals auftreten darf. Die erfolgreiche Blockade hatte einen massiven Polizeieinsatz ausgelöst, in dessen Verlauf mindestens eine Person verletzt wurde.

Die Berichte in fast allen regionalen (PNN, MAZ u.a.) und einigen überregionalen Tageszeitungen (Welt, Spiegel Online u.a.) sowie auf verschiedenen Radiosendern setzte die Unileitung offensichtlich derart unter Druck, dass sie die Reihe nun vorerst aussetzt und das Gespräch mit dem Asta sucht.

Die beeindruckende Presseschau findet sich auf der Homepage des Asta:
http://www.asta.uni-potsdam.de/presse/presseschau.php3

Der Brandenburger Landesverband der „Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen“ (VVN-BdA) gratulierte den Studierenden der Universität Potsdam zu ihrem engagierten und erfolgreichen Einsatz gegen Geschichtsrevisionismus und hofft, dass es gelingt, auch die folgenden Veranstaltungen zu verhindern.

Quelle: PMs AStA Uni Potsdam und VVN-BdA Brandenburg ■

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: U. Bach
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg: W. Siede, erreichbar über GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20. Für NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,30 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

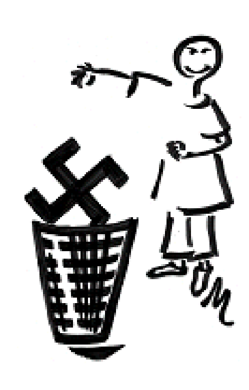
Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN - Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN - Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; AG Antifaschismus/ Antirassismus in der PDS NRW; Angelo Lucifero (Landesleiter hbv in ver.di Thüringen); Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Lissabon-Vertrag ein Knebelvertrag?

Junge Freiheit Nr. 22/08 vom 23.05.2008

Die bevorstehende Unterzeichnung des EU-Vertrages von Lissabon nimmt das Blatt zum Anlass, um grundsätzlich mit der Europäischen Union abzurechnen: „Seit ihren ersten Anfängen als ‚Montanunion‘ trägt die Europäische Union eine antideutsche Komponente in sich. An ihrer Wiege stand das französische Bestreben, durch staatenübergreifende Bürokratien den Nachbarn unter Kontrolle zu halten, und das deutsche Kalkül, internationale Akzeptanz durch Souveränitätsverzicht zu erkaufen. Die Konstellation wiederholte sich nach dem Epochenbruch von 1989: Kanzler Kohl erkaufte die Zustimmung Frankreichs und anderer Wiedervereinigungsgegner zur deutschen Einheit durch die Opferung der D-Mark und des Souveränitätsrechts der Währungshoheit und durch den Umbau der EG zu einer hauptsächlich von Deutschland zu finanzierenden Umverteilungsbürokratie.“ Dass die europäischen Staaten nach zwei Weltkriegen ein eminentes Interesse daran hatten und haben müssen, die BRD in Bündnissen zu verpflichten und zu kontrollieren, lässt das Blatt einfach unter den Tisch fallen, aber auch, dass die Entwicklung der deutschen Wirtschaft zur weltgrößten Exportwirtschaft ohne die EU unmöglich gewesen wäre. Das Blatt fordert: „Die EU muss wieder ein Zweckverband souveräner Staaten werden ohne den Anspruch auf eigene Staatlichkeit. Alles andere ist verfassungswidrig.“ Welchen Zweck dieser Verband haben soll, lässt das Blatt im Dunklen, sein Zweck ist allemal die Stärkung der deutschen Nation.



Netz gegen Nazis

Junge Freiheit Nr. 23/08 vom 30.05.2008

Das von der „Zeit“ initiierte Internetportal „Netz gegen Nazis“ ist dem Blatt ein Dorn im Auge – wird es doch selbst auf diesen Seiten kritisiert. Vor allem stört sich das Blatt daran, dass Sportvereine, der DFB und der Deutsche Olympische Sportbund als Unterstützer der Plattform auftreten. Und graben prompt Gerhard Mayer-Vorfelder aus, der „mit Empörung“ auf die Tatsache reagiert habe, dass auf der Website „sowohl die Junge Freiheit als auch das konservative Studienzentrum Weikersheim in die Nähe des Rechtsextremismus gerückt werden.“ Mayer-Vorfelder will das Thema auf der nächsten DFB-Präsidiumssitzung zur Sprache bringen – man sollte gut beobachten, was das bewirkt.

Probeabo mit Deutschland-Fahne

Junge Freiheit Nr. 23/08 vom 30.05.2008

Wer das Blatt für acht Wochen zum Preis von 15 Euro testet, erhält auch gleich eine Fahne fürs Auto. Chefredakteur Dieter Stein hofft: „Es kommt ein schwarzrotgoldener Sommer. Drücken wir unseren Jungs die Daumen, dass er nicht zu früh wieder vorbei ist! Es wäre schade um die vielen schönen Fahnen an den Autos …“ Er betrachtet die Fahnenflut anlässlich der Fußball-Europameisterschaft als Ausdruck von Patriotismus. Ihm ist anscheinend entgangen, dass auch viele Menschen mit Migrationshintergrund diese Fahnen an ihrem Auto mitführen – als Demonstration, welche Fußballmannschaft sie unterstützen, nicht als patriotische Geste. *uld* ■

Dringender Aufruf aus Italien

Der im folgenden dokumentierte Aufruf aus Italien soll verhindern, dass die Ermittlungen gegen Nazi-Täter in Italien eingestellt werden. Das droht dort gerade. Bitte auf die website gehen und unterschreiben und das Ganze an Interessierte weiterleiten: **http://www.libertaegiustizia.it/appelli/dettaglio_appello.php?id_appello=10**

An den Präsidenten der Republik Italien,

Die Vereinigung Freiheit und Gerechtigkeit wendet sich mit einem Aufruf wegen der für den 31. Juli beabsichtigten Schließung des Militärtribunals in La Spezia an Sie, die ein weitreichendes und dramatisches Problem unseres Landes deutlich macht und dazu führen könnte, dass jetzt das lange versteckt gehaltene Kapitel der nazifaschistischen Massaker in Italien gänzlich ohne Gerechtigkeit beendet wird.

Während der deutschen Besatzung war die Zivilbevölkerung explizit ein Objekt der Repression, Ziel einer Strategie des Strafens und alltäglicher und allgegenwärtiger Gewalt; das Hinmetzeln von Bürgern war fast nie eine irrationale Aktion ohne Sinn, sondern wurde zu – wie die Forscher dieser Massaker unterstreichen – „ein(em) Instrument der Macht, zweckmäßig nicht nur für die Kriegsführung und Partisanenbekämpfung, sondern auch für die umfassende Kontrolle der Zivilbevölkerung“. Die Verspätung, mit der man mit der Suche nach der Wahrheit über die nazifaschistischen Massaker begonnen hat – eine echte „Amnestie durch Verdunkelung“ – ist Gegenstand der Debatte; über den „Schrank der Schande“ (hunderte von Ermittlungsergebnissen verstaubten bis 1994 in den Regalen der Militärstaatsanwaltschaft in Rom) ist viel geschrieben worden. Das Militärgericht La Spezia hat seit 2004 bis heute die Verfahren betreffend acht Massaker aus dem Raum Toskana und Emilia Romagna geführt und Urteile gefällt, für genau so viele Verfahren laufen noch die Ermittlungen.

Am 14. April dieses Jahres ist wegen des Massakers von San Terenzo Monti, Teil der Gemeinde Fivizzano/ Provinz Massa, mit der Anklage des Militärstaatsanwalts am Militärgericht La Spezia, Marco de Paolis, gegen elf Ex-Nazi-Offiziere wegen „Beihilfe zum vielfachen und fortdauernden Mord gegen feindliche Zivilbevölkerung“ das Hauptverfahren eröffnet worden. Vom 19. bis zum 27. August 1944 waren 350 Personen abgeschlachtet worden, unter ihnen Frauen, Kinder und Säuglinge. Die Eröffnung des Prozesses ist auf den 4. Juni festgesetzt, aber es ist sehr wahrscheinlich, dass das Verfahren nicht mehr zum Abschluss gebracht werden kann. Denn der Finanzhaushalt 2008 sieht die Schließung des Militärgerichts La Spezia zum 31. Juli und die Übertragung der Verfahren an die Militärgerichte in Verona und Rom vor.

Herr Präsident, die Vereinigung Freiheit und Gerechtigkeit wendet sich darum an Sie, damit alles nur Mögliche getan wird, um das Verfahren abschließen und die Wahrheit über die Taten herausfinden zu können. Mit der Übertragung der Akten gefährdet man den Abschluss des Strafverfahrens, die Übertragung wird das Beenden des Verfahrens durch seine Ablage sein. Wir dürfen nicht erlauben, dass diese furchtbaren Seiten der Geschichte unseres Landes in Vergessenheit geraten. Im Namen der „Staatsräson“ haben viel zu viele Jahre tausende von wehrlosen Italienern keine Gerechtigkeit erfahren und oft im Stillschweigen über die ihnen zugefügten Grausamkeiten gelebt, wie mit einer Art Schandfleck, der nicht offenbart werden sollte.

Vereinigung „Liberta e Giustizia“ ■